Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., lokale aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebenexpeditionsstelle: Markt 24.

Nr. 96. **Halle a. S., Dienstag, den 27. Februar.** **1912.**

Ab. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung, Montag, 26. Februar.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Präsident Frhr. v. Erffa eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Der Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung weiterer Mittel für die staatlichen Doppelschachtanlagen in Westfalen und zur Beteiligung an der Kohlenverfachtung auf dem Rhein wird in dritter Lesung ohne Erörterung angenommen.

Der Etat für Handel und Gewerbe.

Beim Titel „Ministergehalt" findet eine allgemeine Besprechung statt.

Abg. Hammer (Kons.):

Die Kleinhandelsausschüsse bei den Handelskammern, die anfänglich von den Kammern selbst so heftig bekämpft wurden, haben sich sehr gut bewährt. Die Sonntagsruhe wird von den verschiedenen Gemeinden verschieden geregelt und läßt vielfach sehr zu wünschen übrig. Namentlich in kleinen Landstädten macht sich der Uebelstand bemerkbar, da die Bauern nur am Sonntag einkaufen kommen. Der Redner wendet sich in weiteren Ausführungen gegen die „Teuerungshetze"; das Publikum beschuldigt vielfach die Detaillisten. Ich stelle fest, daß eine Teuerung überhaupt nicht vorhanden ist und auch nicht vorhanden gewesen ist (lebhafte Zustimmung rechts), sondern nur eine Preissteigerung, und dagegen sind die Kleinhändler vollkommen wehrlos. Der Ministerialerlaß, der die Gemeinden aufforderte, Lebensmittel einzukaufen, bedeutete keine Mittelstandspolitik.

Wenn der Minister sich nicht zur Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen entschließen kann, sollte er doch wenigstens die Bauschöffenämter einführen. Wenn wir die Bauschöffenämter haben, wird man auch dem Krebsschaden der Damnos entgegentreten können. Es ist heute nicht möglich, 25 000 Mark geliehen zu erhalten, ohne 6000 Mark Damno zu zahlen. Das ist Krawattenmacherei. (Sehr richtig!) Sonderbar ist, daß der Regierungspräsident in Bromberg als Vorsitzenden der Meisterprüfungskommission einen Lehrer bestellt hat. Da gehört ein Handwerker hin, nicht ein Lehrer. In Schöneberg steht an der Spitze des paritätischen Arbeitsnachweises ein Sozialdemokrat. Es ist erfreulich, daß der Minister in der Kommission erklärt hat, daß, wenn dieser Arbeitsnachweis einen Staatszuschuß erhielte, ihm dieser entzogen werden würde. Den Schutz der Arbeitswilligen fordern wir nach wie vor. In der Schweiz — einer Republik! — hat man durch eine Volksabstimmung scharfe Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen getroffen, ebenso in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. In diesen beiden Republiken hat man das Streikpostenstehen als Terrorismus erklärt, gegen den man vorgehen müsse. Auf diesem Standpunkt stehen auch wir, ja, alle Arbeitgeber bis in die Reihen der Linken hinein. Hoffentlich wird auch demgemäß gehandelt! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Grunenberg (Zentr.):

Es geschieht viel zu wenig für das Handwerk, besonders von den Behörden. Alle Unternehmungen werden an Generalunternehmer vergeben, und dadurch das Handwerk ausgeschaltet. Wir fordern daher zur Stärkung des Handwerks, daß alle öffentlichen Arbeiten, wenn möglich, direkt an die Handwerker oder deren Organisation vergeben werden. (Beifall.) Die Behörden sollten auch mehr mit den Innungen Fühlung nehmen und ihren sachverständigen Rat bei Vergebungen von Arbeiten einholen. Das Handwerk muß sich aber vor allem zusammenschließen. Dringend notwendig ist die sofortige Inkraftsetzung des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen; nur so kann man dem Bauschwindel entgegentreten. Der Redner befürwortet die von der Handwerker-Konferenz vor kurzem aufgestellten fünf Forderungen zur Neuregelung des Submissionswesens. Die Vorschläge des Hansa-Bundes hat diese Konferenz zum größten Teil rundweg abgelehnt. Das war eine Abfuhr des Hansa-Bundes. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentr.) Und was der Hansa-Bund an berechtigten Forderungen aufgestellt hat, das haben wir und die Parteien der Rechten schon längst getan. (Zuruf rechts: Noch besser! Lebhafter Beifall rechts und im Zentr.) Zum Schluß fordert der Redner ein Vorgehen gegen die Warenhäuser, Wanderlager usw. und nimmt Bezug auf die Mittelstandsanträge seiner Partei im Reichstag.

Abg. Rosenow (Wp.):

Es wird einer großen Anspannung und auch der Verwendung größerer Mittel bedürfen, um Handel und Industrie auf der Höhe zu halten und vorwärts zu bringen. Wir hoffen, daß sie auch in Zukunft vorwärts kommen, aber freilich darf man nicht neue Schwierigkeiten machen. Handel und Gewerbe sind eine der festesten Säulen des Staates, denn wir sind ein industrieller Staat geworden. Die Geschichte des „made in Germany" ist symptomatisch. Man hat das Wort geprägt, um die Minderwertigkeit der deutschen Ware zu kennzeichnen, aber der deutsche Kaufmann und Gewerbetreibende hat es fertig gebracht, sich so schnell und tüchtig auf der Stufenleiter vorwärts zu bringen, daß das „made in Germany" eine ganz besondere Auszeichnung für die Güte der Ware geworden ist. Wir werden auch mit dem „not british" auskommen, wir werden unsere Leistungsfähigkeit weiter beweisen. Darum warne ich davor, diese Tätigkeit etwa einzudämmen durch den lückenlosen Zolltarif des Herrn von Heydebrand und die dadurch bei den Handelsvertragsverhandlungen entstehenden Schwierigkeiten. Für den Handwerkerstand treten auch wir ein. Er ist ein wichtiges Element, nicht nur im Staate, sondern auch für die Selbstverwaltung in den Kommunen.

Wir wollen dem Handwerk eine gehörige Ausbildung geben; dann wird es schon seinen Weg zu finden wissen. Es ist auch schon eine Besserung im Handwerksstande zu spüren. Ueber die Einführung des zweiten Teils des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen bestehen im Handwerk verschiedene Meinungen. Eine gewisse Vorsicht ist da am Platze. Man kann sonst leicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Auch die Handwerker könnten durch den zweiten Teil schwer geschädigt werden. Die Regierung sollte sich also nicht gar zu sehr drängen lassen. Absolute Gegner des Bauschwindels sind wir selbstverständlich auch. An der Baukontrolle sollte man die Arbeiter wohl beteiligen. Es würden dann die Klagen der Arbeiter über ungenügende Baukontrolle aufhören. Ueber die schroffe Ablehnung der Mitwirkung der Arbeiter bei der Baukontrolle habe ich mich sehr gewundert. Bedauerlich ist nur bei den paritätischen Nachweisen, daß die Vertreter der Arbeitgeber nicht so auf dem Posten sind wie die der Arbeitnehmer. Der Widerstand im Handwerk gegen die Fortbildungsschule ist erfreulicherweise immer mehr geschwunden. Auch ist das Verhältnis zwischen Schule und Meister mit der Zeit immer besser geworden. Die Beschäftigung der Frau in der Gewerbeinspektion begrüßen wir.

Zum Schluß betont der Redner die Wichtigkeit paritätischer Rechtsauskunftsstellen und fordert einen klaren Ueberblick über die Geschäfte der Königl. Porzellanmanufaktur, mit deren Leistungen man sehr zufrieden sein könne, wenn auch nicht mit der Behandlung des kaufenden Publikums in der Geschäftsstelle. Alles in allem: wir begrüßen den Etat, der zeigt, daß im Ministerium ein Geist weht, der auf die Fortbildung des Handwerks bedacht ist. (Beifall links.)

Handelsminister Dr. Sydow:

Zuwiderhandlungen gegen die von uns aufgestellten Grundsätze für das Submissionswesen bitte ich mir mitzuteilen. Kleinhandelsausschüsse haben heute schon von 82 Handelskammern 45 und fünf weitere stehen im Begriff, sie einzurichten. Die Beseitigung des § 100q der Gewerbeordnung verlangt jetzt eine recht starke Strömung im Handwerk. Ich habe mich aber bis jetzt nicht überzeugen können, daß, wenn der § 100q beseitigt würde, das zum Segen des Handwerks wäre. Ich mache dagegen geltend, daß die Aufhebung des § 100q bei allen Artikeln versagen muß, die fabrikmäßig hergestellt werden. Es besteht dann immer die Schwierigkeit, daß wohl der Preis festgesetzt werden kann, aber nicht die Qualität. Es wird dann die Unterbietung unter den Handwerkern darin beisehen, daß der eine für dasselbe Geld schlechtere Qualität liefert als der andere. Sehr einflußreiche und hochverdiente Förderer des Handwerks haben sich immer gegen die Aufhebung des § 100q ausgesprochen. Ich erinnere an den verstorbenen Abgeordneten Jakobskötter, der bis zuletzt dagegen war. Die Arbeiter zur Baukontrolle heranzuziehen, können wir nicht gutheißen. In Bayern, wo die Arbeiter zur Baukontrolle herangezogen werden, sind die Unfälle nicht vermindert, eher noch vermehrt worden. (Hört! Hört! rechts.) Außerdem ist zu befürchten, daß bei der unglücklichen Verquickung von Gewerkschaften und politischen Fragen die politische Agitation auf die Bauten noch in schärferem Maße getragen wird, als es jetzt der Fall ist. (Hört! Hört!)

Der Minister erwidert auf einige Anfragen aus der Diskussion. Auf die Errichtung einer Baugewerkschule für Groß-Berlin in Neukölln neben der Berliner ist ein Antrag gestellt; die Verhandlungen schweben noch. Herr Rosenow hat mich dann schließlich um möglichst freundliche Behandlung der Besucher der Porzellanmanufaktur gebeten. Ich teile den Wunsch durchaus; die Besucher sollen so behandelt werden, als wenn sie selbst von Porzellan wären. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Dr. Schroeder-Cassel (Natl.):

Die Gärtnereigenossenschaften wollen zum großen Teil aus den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften heraus. Sie verlangen eigene Gärtnereigenossenschaften. Auch die Kleinhändler fordern eigene Genossenschaften. Die staatliche Arbeitslosenversicherung würden wir wenig freundlich begrüßen. Arbeitern als Baukontrolleuren stehen wir ebenfalls ablehnend gegenüber. Die Baukontrolle ist Sache der Bauberufsgenossenschaften. Die Hoffnungen, die man auf die Handwerkerkonferenzen im Reichsamt des Innern gesetzt hat, haben sich nicht erfüllt. Die Frage der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk sollte endlich einmal gelöst werden, möglichst schiedlich-friedlich. Die Handelskammern als die leistungsfähigeren sollten sich bereitfinden lassen, vielleicht entsprechende Zuschüsse zur Lehrlingsausbildung zu geben. Das Handwerk wird andererseits bereit sein, an der Lehrlingsprüfung mitzuwirken. Im allgemeinen werden die Handwerkskammern zu sehr bevormundet. Dahin gehört auch der § 100q. § 100q könnte ruhig verschwinden, ohne daß dadurch ein Schaden entstände. Die Fabrik, die Konkurrenz, wird schon dafür sorgen, daß das Handwerk keinen falschen Schritt tut. Schaden ist aus der Aufhebung nicht zu befürchten. Schon aus dem allgemeinen Grundsatze, daß man jede unnötige Bevormundung über Bord werfen sollte, sollte man hier sagen: weg mit dem § 100q, er hat sich völlig überlebt. Der erste Teil des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen hat die erhoffte Wirkung nicht gehabt. Das darin vorgesehene Verfahren ist vor allem zu langwierig. Es muß beschleunigt werden. Der erste Teil des Gesetzes ist so gut wie wertlos. Das Bauschutzgesetz wird so gut wie gar nicht angewendet. Die Stimmung der Bauhandwerker ist recht trübe, da sie immer und immer wieder betrügt werden.

Meine heimatlichen Handwerker beschweren sich darüber, daß die Behörden die Handwerker, die das Recht zur Führung des Meistertitels haben, bei Vergebung von Arbeiten nicht genügend berücksichtigen. Das war doch der Zweck des Gesetzes, das bestimmte Bedingungen für die Führung des Meistertitels vorsah. Der Minister sollte doch darauf achten, daß die Intentionen, die wir hier halten, nicht von den Behörden ignoriert werden. Das ausführende Installationsgewerbe muß gegen Monopolbestrebungen geschützt werden. Mit Bedauern konstatiere ich zum Schluß, daß wir in allen Handwerkerfragen keinen Schritt weiter gekommen sind. Es ist eine gewisse Stagnation vorhanden. Woran das liegt, kann ich nicht sagen. Es ist aber die höchste Zeit, daß man von den vielen Worten zu praktischer Arbeit kommt. Wir werden das unsrige dazu beitragen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Rahardt (Freikons.):

Den Innungen wird alles genommen. Hoftischlermeister usw., deren Titel schon sagt, daß sie zum Handwerk gehören, werden als Fabrikanten angesehen und den Handelskammern zugerechnet. Es wäre wohl wünschenswert, in allen solchen Fällen Sachverständige heranzuziehen. Bei der Feststellung, ob ein Betrieb eine Fabrik ist oder nicht, wird der Minister oft angelogen. Der Redner verweist auf die erheblichen Verluste, die die Bauhandwerker immer noch erleiden. Es handelt sich um Millionensummen. Dabei nennen diese Handwerker ihre Verluste nicht, weil sie fürchten, den Kredit zu verlieren. Das Handwerk wird in unerhörter Weise von den Bauschiebern und Bauschwindlern gerupft. Der Redner legt ein reiches Material vor, das durch eine Enquete gewonnen worden ist. Danach gab es zur Zeit der Aufnahme in Groß-Berlin nicht weniger als 862 unzuverlässige Bauunternehmer. (Hört! Hört!)

Ich gebe hier namens des gesamten Bauhandwerks die offizielle Erklärung ab, daß wir die Einführung des zweiten Teils des Gesetzes über die Sicherung der Bauhandwerker auch dann wünschen, wenn dadurch für die Uebergangszeit eine Erschwerung des Bauens eintreten sollte. (Hört! Hört!)

Eine Regelung der Hypothekenfrage muß kommen. Die Terraingesellschaft, die Hypothekenbanken und eine große Anzahl von Großbanken gehen gewissenlos über Leichen. (Hört! Hört!) Sie geben reiche Dividenden, weil sie zahlreiche Neubauten unter den Hammer bringen, bei der Zwangsversteigerung die Handwerker ausfallen lassen und den Bau dann für ein Butterbrot zurückkaufen. (Hört! Hört!) So blüht der Bauschwindel auch in Neukölln und auf der ganzen Peripherie von Berlin. Die Großbanken ziehen durch ihre Filialen das Geld aus dem Mittelstande und schleppen es ins Ausland. Das darf der Minister nicht länger dulden. (Beifall.)

Handelsminister Dr. Sydow:

An unserem guten Willen, dem Handwerk zu helfen, werdet Sie doch nicht zweifeln. Der Standpunkt des Handwerks hat auch da gewechselt, und die Erkenntnis, daß die Kriterien nicht gesetzlich festgesetzt werden können, ist in den Kreisen des Handwerks ziemlich verbreitet. In der Mitte zwischen Fabrik und Handwerk steht eben der Begriff des handwerksmäßigen Großbetriebes, der die Fabrik begrenzt und doch manches vom Handwerk hat. Der Minister äußert sich sodann zur Frage des Bauschwindels und der Inkraftsetzung des zweiten Teils des Reichsgesetzes über die Sicherung der Bauforderungen, hinsichtlich der Vorrechtung der Bauhandwerkerforderungen im Grundbuch. Wenn auch die Bedeutung des Bauschutzgesetzes nicht zu überschätzen ist, so wird es doch jedenfalls zweckmäßig sein, auch auf Grund der Gewerbeordnung soweit wie möglich vorzugehen. Demgemäß sind die beteiligten Minister dahin übereingekommen, die Baupolizeibehörden anzuweisen, gegen unzuverlässige Bauunternehmer einzuschreiten. Ganz ohne Erfolg ist das auch nicht gewesen. Nach dem hier bis jetzt vorliegenden Material ist in 200 bis 800 Fällen mit Erfolg vorgegangen worden. Schwierigkeiten haben sich daraus ergeben, daß die Handwerker häufig Bedenken getragen haben, das zur Feststellung der Unzuverlässigkeit der Bauunternehmer erforderliche Material zu geben.

Die Berliner Handwerkskammer hat nun eine Liste mit 868 unzuverlässigen Bauunternehmern von Groß-Berlin eingereicht. Daraufhin ist vom Regierungspräsidenten vorgegangen worden. Das Ergebnis war, daß 17 das Bauen untersagt worden ist, daß gegen 80 Strafverfahren eingeleitet worden ist, daß 75 als verdächtig besonders überwacht werden, und daß gegen 152 deshalb nichts gemacht werden kann, weil sie nicht mehr selbständig arbeiten. In allen anderen Fällen war weiteres Material nicht zu beschaffen. Das ist doch ein Beweis, daß die Liste an sich nicht gerade genügend Material gab, um daraufhin in der Presse von 800 unzuverlässigen Bauunternehmern in Berlin zu sprechen. Dadurch wird doch in einer ziemlich oberflächlichen Weise in Zeitungen ein Licht auf das Berliner Baugewerbe geworfen, das der Wirklichkeit nicht entspricht. Es ist nochmals von den beteiligten Ministern eine Verfügung an die Regierungs- und Baupolizeibehörden ergangen, energisch gegen die unzuverlässigen Bauunternehmer einzugreifen. Sie sind ferner angewiesen, fortlaufende Aufzeichnungen über die Bauunternehmer zu machen. Sie sollen sich bei neu hinzuziehenden Unternehmern nicht nur durch Anfrage am Geburtsort, sondern auch am letzten Wohnsitze nach der Vergangenheit der Bauunternehmer erkundigen.

Zu weit gegangen ist es, wenn man davon redet, daß der erste Teil des Gesetzes, betreffend Sicherung der Bauforderungen, gar keinen Zweck habe. Die maßgebenden Kreise in Berlin sind doch der Meinung, daß eine Verminderung der schwindelhaften Bauten stattgefunden hat. Allerdings kommt vielfach das Gesetz erst zur Anwendung, wenn der Schaden geschehen ist, wenn die Bauunternehmer ihre Zahlungen eingestellt haben. Daher ist die Frage sehr erwägenswert, ob man nicht daran denken solle, den ersten Teil dadurch zu ergänzen, daß man den Baupolizeibehörden eine Kontrolle darüber zur Pflicht macht, ob die Baubücher ordnungsmäßig geführt werden und daß man ihre nicht ordnungsmäßige Führung unter Strafe stellt. Der zweite Teil des Gesetzes ist seinerzeit im Reichstage als ein Ausnahmegesetz hingestellt worden. In der Kommission wie im Plenum des Reichstages ist der Ausdruck gebraucht worden, das Gesetz sei eine Ausnahmemaßregel, die von Fall zu Fall einzuführen sei, wenn der Bauschwindel dies notwendig mache. Wenn ich im Rahmen dieses Gesetzes bleiben will, habe ich zu prüfen, ob ein in größerem Maßstabe grassierender Bauschwindel in einem Bezirke vorliegt. Erst wenn diese Frage zu bejahen ist, liegen die Voraussetzungen für die Einführung des zweiten Teiles vor. Das ist eine ernste Frage, denn darüber besteht kein Zweifel, daß der zweite Teil tief in die ganzen Verhältnisse des Bauwesens einschneidet, soweit kann doch die Gesetzgebung nicht gehen, daß sie den Handwerkern jede Verantwortung für die Prüfung der Zahlungsfähigkeit der Bauunternehmer abnimmt. Wir sind jetzt dabei, eine Statistik über die Schäden des Handwerks durch den Bauschwindel aufzunehmen. Wenn diese vorliegt, bin ich auch bereit, der Einführung des zweiten Teiles da, wo solche großen Schädigungen vorliegen, näher zu treten. Aber vorher glaube ich das nicht tun zu können.

Die Einführung des zweiten Teils des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen würde zur Folge haben, daß noch viel schwerer als jetzt Baugelder zu beschaffen wären. Es entstünde die ernste Gefahr, daß das Bauhandwerk zurückgedrängt würde zugunsten der Baubanken. Das wäre aber das Gegenteil von dem, was wir erstreben. Das ist auch der Grund unserer Zurückhaltung. Mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein. Auch im Königreich Sachsen steht man auf demselben Standpunkt wie wir. Wenn behauptet wird, daß die Einführung des zweiten Teiles allgemein gewünscht wird, so ist das nicht ganz richtig. Eingetreten sind dafür allerdings die Berliner Handwerkskammer, die preußischen Handwerkskammern, die Berliner Tischlerinnung, die Mittelstandsvereinigung und die Berliner Haus- und Grundbesitzer. Gerade das Eintreten der letztgenannten sollte aber bei den Bauhandwerkern Bedenken erregen, denn die Hausbesitzer wünschen die Einführung des zweiten Teiles als Mittel, um das Bauen zu beschränken und die Wohnungsmieten zu steigern. Jedenfalls müssen wir mit größter Vorsicht diese Frage behandeln, damit der verursachte Schaden nicht größer wird, als der Nutzen sein würde. Einstweilen aber sollten sich die Handwerker untereinander zusammentun, um sich gegen unzuverlässige Bauherren zu schützen. In Geestemünde ist eine Vereinigung von Bauhandwerkern gegründet worden, die Bestellungen nur von solchen Unternehmern annehmen, die einen Treuhänder einsetzen, dem das Geld gegeben wird und der nach Maßgabe des Vorrückens der Arbeiten Zahlungen an die Bauhandwerker leistet. Ich weiß sehr wohl, daß eine ähnliche Vereinigung in Berlin nicht ohne weiteres möglich wäre. Aber jedenfalls dürfen sich die Handwerker nicht auf das Gesetz allein verlassen, sondern müssen sich auf ihre eigene Kraft zu stützen suchen, um diesem schauderhaften Schwindel entgegenzutreten. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich: Dienstag 11 Uhr Weiterberatung.

Schluß 4¼ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120227012/fragment/page=0001

Das Bombardement von Beirut.

Die stark einseitige Schilderung der italienischen Regierung, insbesondere die dreiste Behauptung, daß in der Stadt Beirut durch die italienische Schiffsartillerie kein Schaden verursacht worden sei, steht im schroffsten Widerspruch zu allen anderen vorliegenden Meldungen. Nicht nur von türkischen, sondern auch von gänzlich neutralen Quellen wird übereinstimmend berichtet, daß zahlreiche Gebäude im Hafenviertel, darunter ein Hospital, durch die italienischen Granaten schwer beschädigt, und daß Unbeteiligte von Granatsplittern getroffen und verletzt worden sind. Die türkische Presse gibt der Entrüstung über das völkerrechtswidrige Vorgehen Italiens in scharfen Worten Ausdruck. Die Konstantinopeler Blätter greifen Italien wegen des Bombardements von Beirut heftig an. „Tanin" meint, die Beschießung Beiruts werde den Mut der Ottomanen nicht wankend machen. Im Gegenteil, er werde den Patriotismus der ottomanischen Nation noch mehr anfeuern. Es gebe keinen Grund mehr, den in der Türkei lebenden Italienern Gastfreundschaft zu gewähren. Durch die Votierung des Annexionsdekrets schwinde jede Möglichkeit, Frieden zu schließen und sich wieder zu versöhnen. Die Mächte, insbesondere Deutschland, werden keinen Boden mehr für eine Verständigung finden. Die Entscheidung in diesem Kriege werde nicht in den Küstenstädten der Türkei, sondern ausschließlich in Tripolis liegen. Alle anderen Blätter führen dieselbe Sprache. — „Sabah" veröffentlicht die Aeußerung eines türkischen Ministers, welcher meinte, das Bombardement von Beirut werde den ottomanischen Standpunkt in keiner Weise ändern. Die Kriegserklärung sei ein Fehler der Italiener gewesen. Die Votierung des Annexionsdekrets sei ein zweiter, das Bombardement von Beirut ein dritter Fehler. Der Krieg werde jetzt durch das Erscheinen des Scheichs der Senussi in eine ruhmreichere Phase treten. Eine Depesche des Walis von Beirut besagt, er habe konstatiert, daß während des Bombardements fünf Kanonenkugeln die Banque Ottomane getroffen haben, drei eine deutsche Bank, die gegenüber liegt, fünf Kanonenkugeln die Kai-Lagerhaus-Gesellschaft, eine Kugel die Bank von Saloniki, eine Kugel das Paß-Bureau. Eine Kugel traf eine private Bank im Innern der Stadt. Mehrere private Geschäftsläden wurden beschädigt. Einige Kugeln fielen in den städtischen Garten beim Hospital und bei der Industrieschule. Die Kugeln trafen auch das Zollamt und beschädigten die Waren. Die genaue Zahl der Getöteten und Verwundeten ist noch nicht festgestellt. 30 Mann der Besatzung des Kanonenbootes „Avnulla" werden vermißt. Ein Projektil fiel in das Libanondorf Djedide, welches 6 Kilometer vom Hafen entfernt liegt, und explodierte, ohne Schaden anzurichten.

Die Empörung im türkischen Reiche kommt im

Ausweisungsbefehl gegen die Italiener

zum Ausdruck. Man behauptet, daß im Ministerrat eine Strömung bestanden habe, welche die allgemeine Ausweisung verlangte. Aber die Ansicht, daß zunächst nur eine teilweise Ausweisung zu verfügen sei, drang durch. Einem Gerüchte zufolge soll die Regierung auch beabsichtigen, einige der wohlhabenden Klasse angehörenden Italiener aus Konstantionpel auszuweisen. Wie verlautet, bestimmt der Beschluß des Ministerrats, daß die **Italiener aus allen Gegenden ausgewiesen werden, die in der Folge von der italienischen Flotte angegriffen werden sollten.**

Die Kosten des Krieges.

⚜ Aus Rom wird gemeldet:

Finanzminister Tedesco hat der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den für das Kriegsministerium ein außerordentlicher Kredit von 140 Millionen und für das Marineministerium ein solcher von 30 Millionen Lire verlangt wird. Von den 140 Millionen sind 98 Millionen für die Kosten für das Expeditionskorps und die Reservemannschaften bis einschließlich Februar und 42 Millionen für die Ersetzung der nach Libyen transportierten Kriegsvorräte bestimmt. Die Vorlage sieht ferner einen Kredit von 35 Millionen vor, von denen 20 Millionen Mark für den weiteren Ersatz von Kriegsmaterial und 15 Millionen für den Truppenunterhalt bestimmt sind. Die Gesamtausgabe von 205 Millionen wird gedeckt aus den Ueberschüssen des Budgets bis 1910/11 und der Rest durch den Ueberschuß des Budgets 1911/12 und durch sechs gleichmäßige Kredite, welche auf die Finanzjahre 1912/13 bis 1917/18 verteilt werden. Endlich sieht die Vorlage einen Kredit von 10600000 Lire vor für dringende Hafenbauten in Tripolis, Benghasi, Derna und Homs, ferner für den Verwaltungs-, Sanitäts-, Telegraphen- und Telephondienst in Libyen, darunter für die Kabel Syracus-Tripolis und Syracus-Benghasi sowie das Telephonnetz in Tripolis.

Was das Ausland sagt.

Wien, 26. Febr. Zu der Beschießung von Beirut äußern sich die „Neue Freie Presse", die „Zeit" und die „Reichspost" dahin, daß die Vernichtung der beiden alten kriegsuntauglichen türkischen Kanonenboote neben dem Zwecke, dem Parlamente einige Siegestaten auftischen zu können, nur noch den Zweck haben könnte, die neutralen Mächte durch Beunruhigung des Handels zu einem Drucke auf die Türkei zu veranlassen; sie fordern jedoch die Mächte auf, mit aller grundsätzlichen Schärfe Italien sofort daran zu erinnern, daß es international bindende Verpflichtungen eingegangen ist, sich streng auf den afrikanischen Kriegsschauplatz zu beschränken.

Paris, 26. Febr. Bei der Besprechung des Bombardements von Beirut führen einige Blätter eine sehr scharfe Sprache. Sie meinen, der Umstand, daß die Italiener für ihre neueste Aktion gerade Beirut ausersehen haben, wo Frankreich seit Jahrhunderten überwiegend Einfluß ausübe, lasse beinahe annehmen, daß es sich nicht nur um ein zufälliges Zusammentreffen, sondern um einen neuen Ausbruch von Franzosenhaß handele. Mehrfach wird hervorgehoben, das Vorgehen der Italiener könne auf Grund des Wortlautes der Haager Konvention zwar berechtigt erscheinen, sei aber bedauerlich mit Rücksicht auf die beträchtlichen Interessen, welche fast alle Mächte in Beirut haben und noch mehr wegen der den Christen aller Nationen drohenden Gefahren, falls der religiöse Fanatismus der Muselmanen durch derartige Vorkommnisse aufgestachelt würde.

London, 26. Febr. Der „Daily Graphic" meint, ähnliche Abenteuer wie das in Beirut könnten dem italienischen Ansehen nur schaden, denn sie seien geeignet, Gefahren heraufzubeschwören, unter denen ganz Europa schwer zu leiden hätte. Durch ein solches Vorgehen erreichen die Italiener nichts; es verschärfe nur die Situation, bringe aber nichts ein.

Deutsches Reich.

Heeresvorlage und Truppenunterkunft.

Ein Intendanturrat schreibt uns:

M. p. Die Neuformationen der in der Thronrede angekündigten Heeresvorlage werden nach Annahme durch den Reichstag in verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgen. Die Erbauung der erforderlichen Kasernen wird hingegen sehr viel längere Zeit in Anspruch nehmen. Für viele der neu zu errichtenden Truppenteile muß erst eine provisorische Unterkunft geschaffen werden. In früheren Jahren wurde in solchen Fällen mit Vorliebe auf das Bürgerquartier zurückgegriffen. Die Mannschaften wurden einzeln oder zu mehreren bei Bürgern einquartiert, erhielten von diesen Wohnung, Licht und Heizung, manchmal sogar volle Verpflegung. Diese patriarchalische Art der Unterbringung, bei der sich zwischen Quartiergebern und Quartiernehmern vielfach ein inniges Verhältnis herausbildete und „unser Soldat" oft Mädchen für alles in der Familie des Quartierwirtes war, paßt auf die heutigen Zustände nicht mehr. Die stark gesteigerten Anforderungen des Dienstes und die u. a. sozialdemokratischen Einflüssen gegenüber notwendige Aufrechterhaltung der Disziplin verlangen gemeinsame Unterbringung der Truppenteile. Es werden daher in den Standorten neuformierter Regimenter gewöhnlich erst Baracken aufgeschlagen, unter denen der Wellblechbaracke auf Grund langer Bewährung der Vorzug gegeben wird. Mit diesen Hilfsmitteln läßt sich für Fußtruppen eine provisorische Unterkunft für einige Jahre ganz gut schaffen. Schwieriger dagegen gestaltet sich die Unterbringung der berittenen Truppen. Da die Erbauung von Fachwerk-Stallbaracken einen großen Aufwand an Zeit und Geld erfordern würde, so kommen für die Unterbringung der Pferde nur Stallzelte in Frage. Der Aufenthalt in diesen Zelten ist schon im Sommer für den Gesundheitszustand der Pferde nicht sehr zuträglich, während der kalten Jahreszeit aber ganz ausgeschlossen. Daher wird man die neu aufzustellenden Feldartillerie-Regimenter usf. auf Truppenübungsplätzen unterbringen, auf denen massive Mannschafts- und Stallbaracken in genügender Zahl vorhanden sind. In Frage kommen hierbei für die Westgrenze die Truppenübungsplätze Bitsch, Elsenborn und Hagenau, für die Ostgrenze die Truppenübungsplätze Arys und Hammerstein. Die Unterbringung auf diesen Plätzen wird sich je nach der Zeitdauer der Kasernenbauten auf einen Zeitraum von 1½ bis 2½ Jahren erstrecken.

Der gemeinschaftliche Landtag der Herzogtümer Koburg und Gotha hat in seiner Sitzung vom Sonnabend einem Gesetzentwurf seine Zustimmung gegeben, wonach das bestehende Berggesetz nach preußischem Muster zugeschnitten wird und namentlich eine wirksame Durchführung des Arbeiterschutzes gestattet. Ferner wurde eine anderweite Festsetzung der Bezüge der Beamten am gemeinschaftlichen Oberlandesgericht Jena angenommen. Die neue Besoldungsordnung für die gemeinschaftlichen Beamten, die einen Mehraufwand von 40 000 Mark erfordert und natürlich auch eine entsprechende Aufbesserung der sonderstaatlichen Beamten im Gefolge hat, kam nicht zur Spezialberatung, da sich bei der Abstimmung mit 14 zu 14 Stimmengleichheit ergab. Ist auch bei der nächsten Abstimmung Stimmengleichheit vorhanden, gilt die Vorlage als abgelehnt. Gegen die Vorlage stimmten die Agrarier und die **Sozialdemokraten**.

Parteinachrichten.

Nordhausen, 26. Febr. Zum 70. Geburtstage Kämpfs hatte der Vorstand des Liberalen Wahlvereins Nordhausen ein Glückwunschtelegramm abgesandt. Am Sonntag lief folgendes Dankschreiben ein:

Hochgeehrte Herren!

Für die freundlichen Glückwünsche, die Sie mir zu meinem 70. Geburtstage übermittelt haben, spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus.

Es gereicht mir zur hohen Genugtuung, aus den Worten, in denen Sie Ihre Glückwünsche ausgedrückt haben, zu ersehen, **mit welcher Einigkeit alle politischen Vereine unserer Richtung die augenblickliche politische Situation betrachten, und diese Geschlossenheit der Anschauungen wird, wie ich hoffe, ein kräftiges Mittel sein,** unsere Partei zu **stützen und zu stärken.**

Ich bitte Sie, meines aufrichtigen Dankes versichert zu sein und zeichne

mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ganz ergebener
Kaempf.

Dresden, 26. Febr. Die Konservativen möchten gern den Glauben erwecken, als befinde sich auch der sächsische Nationalliberalismus wegen seines Wahlbündnisses mit der Fortschrittlichen Volkspartei und wegen der Vorgänge im Reichstag in einer Krisis. Diesen Behauptungen gegenüber stellt heute die parteiamtliche „Sächsische Nationalliberale Korrespondenz" ausdrücklich fest, daß nicht eine der zahlreichen nationalliberalen Organisationen des Landes auf die weitere Mitarbeit für die Partei verzichtet hat oder gar auf eine Spaltung der letzteren hindrängt. Aus dem nationalliberalen Landesverein sind in letzter Zeit ganze sieben Mitglieder ausgetreten. Austritten in den Ortsvereinen stehen zahlreichere Neuanmeldungen gegenüber. Tatsächlich haben auch eine Anzahl dieser Vereine energische Vertrauenskundgebungen für Bassermann und Junck beschlossen. Im Gegensatz zu den konservativen Behauptungen würde ein Rechtsabmarsch der Nationalliberalen der Partei in Sachsen schweren Schaden zufügen.

Heer und Flotte.

⚜ **Der Kaiser wird**, einer Einladung des Königs von Sachsen Folge leistend, im Anschluß an die bevorstehenden Kaisermanöver nach Dresden kommen und im Residenzschloß Wohnung nehmen. Sodann wird er die Manöver der beiden sächsischen Armeekorps auf dem Truppenübungsplatz in Zeithain abnehmen. Zu Ehren des Kaisers ist darauf auf dem Theaterplatz ein großer Zapfenstreich geplant.

⚜ **Als Begleitschiff der „Hohenzollern" auf der Mittelmeerreise des Kaisers** ist der kleine Kreuzer „Kolberg" bestimmt. Die „Deutschland" ist vormittags am Skagen nach Wilhelmshaven abgegangen. Sie wird dem Kaiser während der Rekrutenvereidigung als Wohnschiff dienen.

⚜ **Der Kommandeur der 16. Infanterie-Brigade in Torgau** Generalmajor Heinrich von Pietinghoff gen. Scheel feierte am Montag mit seiner Gemahlin Leona geb. Gräfin von Schmettow, die silberne Hochzeit.

Hof- und Personalnachrichten.

⚜ **Der Kaiser** hörte am Montag im Reichskanzlerpalais den Vortrag des Reichskanzlers Dr. von Bethmann Hollweg im Ministerium der öffentlichen Arbeiten den Vortrag des Staatsministers von Breitenbach und im Königlichen Schlosse den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini. — Das Königliche Staatsministerium trat am Montag zu einer Sitzung zusammen.

⚜ **Der Herzog von Koburg-Gotha** begab sich am Sonnabend im Auto nach Oberhof und kehrte abends wieder nach Gotha zurück. Hierauf fand auf Schloß Friedenstein ein Hofkonzert statt, zu dem ca. 150 Einladungen ergangen waren. Am Sonntag vormittag wohnte das Herzogspaar dem Gottesdienst in der Schloßkirche bei. Nachmittags begab sich der Herzog in Begleitung des Hoftheater-Intendanten Holthoff von Faßmann nach Kassel.

⚜ **Dem entschlafenen Großherzog Wilhelm von Luxemburg** widmet der „Deutsche Reichsanzeiger" folgenden Nachruf:

„Die Trauernachricht erweckt über die Grenzen des Landes hinaus und besonders im benachbarten Deutschland um so herzlichere Teilnahme, als allgemein bekannt ist, mit welcher Geduld und Ergebung der Großherzog Jahre lang das schwere Leiden getragen hat, das seinem Leben nunmehr vor der Zeit ein Ende bereitet hat. Durch das Hinscheiden des Großherzogs ist die großherzoglich badische Familie und das ihr in enger Verwandtschaft verbundene Deutsche Kaiserhaus in tiefe Trauer versetzt."

⚜ **Ordensverleihungen. Wie der „Reichsanzeiger"** meldet, hat der Kaiser dem Oberstleutnant von Pestel, Adjutanten des Präsidenten des Reichsmilitärgerichts, die Erlaubnis zur Anlegung der ihm verliehenen nichtpreußischen Orden erteilt, und zwar: des Komturzeichens zweiter Klasse des Herzoglich Anhaltischen Hausordens Albrechts des Bären und des Fürstlich Waldeckschen Verdienstkreuzes dritter Klasse. — Ferner hat der Kaiser dem Fürsten zu Stolberg-Roßla die Erlaubnis zur Anlegung der ihm verliehenen nichtpreußischen Orden erteilt, und zwar: des Großkreuzes des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens und des Fürstlich Reußischen Ehrenkreuzes erster Klasse. — Den nachbenannten japanischen Offizieren sind folgende Orden verliehen worden: der Rote Adlerorden zweiter Klasse dem Obersten Matsui, Lehrer an der Artillerie- und Ingenieurschule in Tokio, dem Obersten Kawanaka, Kommandeur des 4. schweren Artillerieregiments, dem Obersten Masuda, Kommandeur des 54. Infanterieregiments; der Rote Adlerorden dritter Klasse dem Major Nagaoka, aggregiert dem Gardepionierbataillon, sowie dem Major Terao im 54. Infanterieregiment.

Ausland.

Asquiths Vermittlung im englischen Bergarbeiterstreik.

Während fast die ganze übrige englische Morgenpresse sich außerordentlich pessimistisch mit Bezug auf den Kohlenstreik äußert und insbesondere die Arbeiterführer als Autorität dafür zitieren, daß nicht die geringste Aussicht auf Abwendung des großen Unglücks vorhanden sei, schlagen die drei liberalen Blätter „Daily News", „Daily Chronicle" und „Morning Leader" plötzlich einen sehr hoffnungsvollen Ton an. Sie behaupten, daß die Minenbesitzer bereits den Mindestlohn zugestanden haben und „Daily News" können sogar Einzelheiten über die Umstände, unter denen das geschehen ist, bringen. Wie das Blatt berichtet, hat der Premier persönlich an den Patriotismus der „dominierenden Persönlichkeiten" unter den Minenbesitzern von Wales appelliert und ihnen empfohlen, sich an die Entscheidung zu binden, welche die englischen Minenbesitzer treffen sollten. Diese „dominierenden Persönlichkeiten" haben sich bereit erklärt, dem Rat des Premierministers zu folgen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die Minenbesitzer des ganzen Landes am Dienstag der Einführung eines Mindestlohnes zustimmen werden. Die Arbeiterführer ihrerseits haben sich verpflichtet, den Streik von Tag zu Tag aufzuschieben, bis man sich völlig einig geworden ist. Den Minenbesitzern hielt Mr. Asquith insbesondere vor, welche enormen Profite sie erzielten, und daß, wenn sie von der Regierung Schutz ihres Besitzes erwarteten, sie auch mit der Regierung Hand in Hand arbeiten müßten, um den Frieden zu wahren. Daraufhin sollen sie dann eine gütliche Einigung mit den Arbeitern zugesagt haben. Das dürfte jedoch nicht hindern, daß der Streik bereits Montag in einer Mine in Derbyshire beginnt und daß am Dienstag bereits viele Tausende in Derbyshire und Nottinghamshire die Arbeit niederlegen.

Die Großherzogin Maria Adelheid von Luxemburg,

die jetzt ihrem verstorbenen Vater in der Regierung ihres Landes folgt, ist am 14. Juni 1894 zu Schloß Berg in Luxemburg geboren, steht also im 18. Lebensjahre. Nachdem die Erbfolgeansprüche des Grafen Merenberg zu dessen Ungunsten entschieden waren, wurde ihr mit Genehmigung der luxemburgischen Kammer durch Familienstatut vom 16. April 1907 der offizielle Titel: Erbgroßherzogin von Luxemburg, Erbprinzessin von Nassau verliehen. Demgemäß fällt ihr auch das nassauische Familien-Fideikommiß-Vermögen im Werte von über 5 Millionen zu. — Die jugendliche Großherzogin, die eine sympathische liebenswürdige Erscheinung ist, erfreut sich bei der Bevölkerung Luxemburgs großer Beliebtheit. Sie ist trotz ihrer Jugend schon wiederholt als Vertreterin des großherzoglichen Hauses bei verschiedenen Anlässen, wie Schulfeiern, Ausstellungseröffnungen und dergleichen aufgetreten. Weit über die Grenze des Landes hinaus wurde der Name der Großherzogin genannt, als sich im Juni 1907 der Streit um die Thronfolge in Luxemburg erhob.

Auf den Tod des Großherzogs von Luxemburg waren das Land und die ganze Familie seit langer Zeit vorbereitet.

Spanien und Frankreich.

Die spanische Presse sieht wieder sehr schwarz in den Marokkoverhandlungen mit Frankreich. Das Madrider Blatt „ABC" schreibt, Frankreich habe den früheren schroffen Ton aufgegeben und äußerst freundliche Manieren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120227012/fragment/page=0002

angenommen, fordere aber jetzt viel mehr, besonders war die Kompensationen anlangt; es fordere das Hinterland von Ifni und einen Streifen am Rif, und Spanien könne unter keinen Umständen nachgeben. Die Lösung ist demnach in unabsehbare Ferne gerückt.

Kleine Tagesnachrichten.

König Alfons
ist in Bordeaux eingetroffen, wo er einen Spezialarzt für Nasen- und Ohrenleiden konsultierte, der ihn schon seit Jahren behandelt.

Der französische Panzerkreuzer „Edgar Quinet"
hat Befehl erhalten, sich bereit zu halten, um den Panzerkreuzer „Admiral Charner" in den kretischen Gewässern zu ersetzen.

Die scherifische Armee.
Dem „Temps" zufolge wird die 6000 Mann starke scherifische Armee demnächst durch neue Anwerbungen vermehrt werden, so daß sie Ende dieses Jahres 10 000 Mann stark sein wird.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 27. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle a. S., 26. Febr.

Am Vorstandstisch die Herren Geheimrat Prof. Dr. Schmidt-Rimpler, Justizrat Föhring, Kaufmann Probst und Rentner Knabe.

Eingänge liegen nicht vor. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Herr Stv. Döhler nochmals bezug auf die Kontroverse, die er in den letzten Sitzungen mit dem Herrn Oberbürgermeister betreffs des Droschkenwesens in Halle gehabt hat. Er hält seine Darlegung aufrecht. Herr Oberbürgermeister Dr. Rive führt demgegenüber aus, daß er an dem Strafmandat an den Droschkenbesitzer Reiche, der eine Droschke außer Verkehr gesetzt hatte, um einen von Herrn Oberbürgermeister bestellten Extrawagen mit deren Pferden bespannen zu können, nicht mitgewirkt und überhaupt davon keine Kenntnis gehabt habe.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 betrifft einen neuen

Tarif der Straßenbahn.

Wie der Referent Herr Stv. Probst darlegt, hat sich durch Beschluß vom 10. April v. J. die Stadtverordnetenversammlung mit zwei wichtigen Aenderungen des Fahrgeldtarifes der städtischen Straßenbahn, nämlich damit einverstanden erklärt, daß 1. Die schon früher zu 5,10 Mk. (einschließlich Stempel) für 60 Fahrten ausgegebenen Abrißhefte die Beschränkung auf eine bestimmte Person und auf eine bestimmte Zeitdauer verlieren, und 2. die zu 0,50 Mk. für zehn Fahrten bisher begebenen Wochenkarten ohne Bindung an die laufende Woche, jedoch mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage, allgemein in den Morgenstunden bis 7½ Uhr vormittags benutzt werden durften. Zugleich war aber bezgl. des weitergehenden Antrags, die Hefte für 60 Fahrten durch solche für nur 24 Fahrten ersetzen zu können, der Vorbehalt gemacht worden, daß eine solche Aenderung von der Zustimmung der Versammlung abhängig zu machen sei. Der Vorbehalt gründete sich im wesentlichen auf die Befürchtung, daß ein zu großes Entgegenkommen durch Abonnementsermäßigungen die Rentabilität des Unternehmens gefährden könnte, und auf den Gedanken, daß man vor Gewährung weiterer Vergünstigungen mindestens erst den Erfolg der getroffenen Maßnahmen abwarten müsse. In dem seit dem vergangenen fast einjährigen Zeitraum ist nun dieser Erfolg ein außerordentlich günstiger gewesen. Denn durch die Fahrgeldeinnahmen des vorigen Kalenderjahres ist trotz der mannigfachen Betriebsstörungen durch Umbauten nicht nur der Verlust von 15 000 Mark, den die Einführung des einheitlichen Zehnpfennigtarifs verursachte, wettgemacht, sondern außerdem auch noch eine Mehreinnahme von ca. 27000 Mark erzielt worden. Unter diesen Umständen hält der Magistrat es mit der Straßenbahndeputation für gerechtfertigt, nicht nur auf den früheren Gedanken, durch Verringerung der Zahl der Abrisse von 60 auf 24 die Verkäuflichkeit der betreffenden Hefte zu vermehren, zurückzukommen, sondern auch für die **50 Pfennig-Hefte** weiteren Absatz dadurch zu sichern, **daß ihre Verwendung auch für Sonn- und Feiertage und statt nur bis 7½ Uhr bis 8 Uhr vormittags gestattet wird.** Auch erscheint es weiter angezeigt, zur Vereinfachung des Geschäftsverkehrs **nicht mehr für Kinder unter 10 Jahren besondere Marken (15 Stück für 1 Mk.) auszugeben, Kinder vielmehr während der ganzen Fahrzeit für einen Abriß der letztgenannten 50 Pfennig-Hefte zu befördern.** Hiernach beantragt der Magistrat, bei Aufrechterhaltung der sonstigen Vorschriften des Fahrgeldtarifs dessen Aenderung in finanzieller Beziehung nach folgenden Gesichtspunkten gutheißen zu wollen:

I. Für jede Fahrt auf einer der beiden Linien Hauptbahnhof-Giebichenstein und Hauptbahnhof-Cröllwitz ist ohne Rücksicht auf die Entfernung ein Fahrgeld von 10 Pfg. zu entrichten.

II. An Stelle des letzteren werden Abrisse aus Heften, die bei den Schaffnern zu 0,50 Mk. mit 10 Abrissen und zu 2,05 Mk. mit 24 Abrissen zu kaufen sind, unter folgenden Bedingungen in Zahlung genommen: a) Beide Arten von Abrißheften sind weder an Zeit noch Person gebunden, also von unbeschränkter Benutzungsdauer sowie übertragbar. Zur Kontrolle hat jedoch die Abtrennung des Abrisses vom Heft in Gegenwart des Schaffners zu erfolgen, auch ist diesem auf Erfordern das Heft vorzuzeigen. Von letzterer Vorschrift kann uniformierten oder sich legitimierenden Beamten gegenüber Abstand genommen werden. b) Die Abrisse aus dem Hefte zu 0,50 Mark berechtigen Kinder unter 10 Jahren zur Fahrt in allen fahrplanmäßigen Wagen, sonstige Personen aber nur zu Fahrten, die vor 8 Uhr vormittags begonnen werden. Die Abrisse aus dem Hefte zu 2,05 Mark haben für alle fahrplanmäßigen Wagen unbeschränkte Gültigkeit.

Die Einführung der neuen Bestimmungen ist per 1. April geplant, vorher muß aber noch die Genehmigung der Aufsichtsinstanz eingeholt werden.

Der Referent empfiehlt die Anträge zur Annahme.

Herr Stv. Brehmer führt aus, daß die Straßenbahn nicht bloß ein erwerbendes Institut sein, sondern für die Allgemeinheit eine Wohltat sein soll. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Ermäßigung des Tarifes zu begrüßen. Aber es empfiehlt sich, noch einen Schritt weiter zu tun und die

Monatskarten

einzuführen. **Monatsabonnements sind praktisch** und bequem; **sie haben sich in anderen Städten gut bewährt.** Berlin hat für einfache Strecken Abonnements zu 7 Mark, Magdeburg zu 6 Mark, Jena 8 Mark, Nordhausen gar 3 Mark. Durch solche Einrichtungen heben wir den Verkehr und leisten der Allgemeinheit einen guten Dienst. Vielleicht wird durch die Einrichtung von Monatskarten auch die Stadtbahn veranlaßt, aus Gründen der Konkurrenz auch solche Abonnements einzuführen.

Herr Bürgermeister v. Holly (sehr schwer verständlich) entgegnet, daß die Straßenbahndeputation alle Anregungen zur Verbesserung des Tarifs gern entgegennimmt. Aber es erscheint bedenklich, auf den Vorschlag des Herrn Brehmer einzugehen. Die Abonnements sind in ihrem finanziellen Effekt eine sehr ungewisse Sache. Man muß anerkennen, daß in den 14 Monaten, wo die Straßenbahn städtisches Eigentum ist, eine Reihe Verbesserungen eingeführt sind. Es ist viel geschaffen worden. Der 15 Pfennig-Tarif ist beseitigt; die 5 Pfennig-Karten, die morgens früh gelten, sind für jedermann benutzbar. Die Kindermarken sollen künftig nur noch 5 Pfg. kosten; für 2 Mark will man weiter Hefte zu 24 Scheinen ausgeben. Da wäre es nicht richtig, jetzt mit einer weiteren, in ihrer Tragweite schwer zu übersehenden Neuerung mit Monatskarten vorzugehen. Unser Unternehmen steckt ja eigentlich noch in den Kinderschuhen, und Abonnements kommen nur einem Teil von Interessenten, nicht aber der Allgemeinheit zugute. Wir müßten in Halle für Monatskarten mindestens 10 Mark nehmen; anders könnten wir gar nicht bestehen. Der Vorschlag auf Einführung der Monatsabonnements war in der „Saale-Zeitung" gemacht worden; da konnte man erwarten, daß er hier wiederkehrte, aber er ist verfrüht. Wir können noch nicht darauf eingehen.

Herr Stv. Pfautsch: Aus dem Anwachsen der Einnahmen ist der Schluß zu ziehen, daß die Verbilligung des Tarifs sich auch finanziell recht gut bewährt hat; dem billigen Tarif sind die Mehreinnahmen in erster Linie mit zu danken. Aus allen Städten, die Monatsabonnements haben, wird man die Auskunft bekommen, daß durch sie die Einnahmen wachsen. Ich möchte mir aber noch einen anderen Vorschlag erlauben, um auch den Minderbemittelten, die nicht gleich 2 Mk. und 5 Pfg. Stempel (für 24 Karten) aufwenden können, entgegenzukommen: ich beantrage 50 Pfg.-Hefte mit 6 Scheinen einzuführen. Das ist auch für andere Städte nicht neu; es ist auswärts schon als eine gute Einrichtung erwiesen. Wir haben dadurch erhöhten Umsatz und schlagen dem Fiskus ein Schnippchen, indem er bei dieser Einrichtung keinen Fahrkartenstempel mehr zu verlangen hat.

Herr Bürgermeister v. Holly: Der Vorschlag des Herrn Pfautsch ist noch gefährlicher, als der auf Einführung von Dauerkarten. Er ist erst recht in seinen Folgen nicht zu übersehen. Ich bitte ihn abzulehnen.

Herr Stv. Emmer: Ich freue mich über die Vorschläge der Deputation; aber man muß noch weiter gehen. Wir müssen den Arbeitern auch am Abend bei der Heimkehr Fahrten für 5 Pfg. ermöglichen, sofern er von seinem Arbeitgeber eine Bescheinigung beibringt. Am Morgen herrscht übrigens meist ein furchtbarer Andrang; da möge man künftig mehr Wagen einstellen. Die Verwaltung handelt recht, wenn sie den Tarif immer weiter zu verbilligen sucht.

Herr Bürgermeister v. Holly entgegnet, die Straßenbahn soll gewiß eine Wohlfahrtseinrichtung sein, aber sie muß sich doch auch rentieren. Wir wollen doch nicht zusetzen; erst wenn wir neben der Verzinsung und Tilgung einen Profit haben, wollen wir weitere Tarifverbilligungen gewähren.

Herr Stv. Helmecke: Der Antrag des Herrn Brehmer verdient alle Beachtung; er ist mit Freuden zu begrüßen. Der Standpunkt des Herrn Bürgermeisters v. Holly ist viel zu fiskalisch. Trotzdem mußte auch Herr v. Holly zugeben, daß die Einnahmen dank der Tarifverbilligung gestiegen seien. Wir müssen die Fahrscheinhefte immer populärer machen. Die Monatsabonnements neben den Fahrscheinheften würden sich sehr schnell einbürgern. Der Zug unserer Zeit ist nun mal, draußen zu wohnen; und da spielt das Straßenbahnabonnement eine große Rolle. Je mehr wir den Verkehr verbilligen und erleichtern, desto bessere Einnahmen haben wir.

Herr Stv. Reuß (am Berichterstattertisch fast unverständlich) wendet sich gegen alle Abänderungsvorschläge und spricht für die Anträge des Magistrats.

Herr Stv. Osterburg will, daß auch die Frauen, die mittags den Männern Essen bringen, für 5 Pfg. fahren sollen.

Herr Stv. Knabe bekennt sich zu dem Standpunkt des Herrn v. Holly. Bedenken Sie, meine Herren, Sie haben ein junges Unternehmen vor sich. Wer wohlwollend sein will, muß erst wohlhabend sein. Es sind große Erleichterungen, die Deputation und Magistrat freiwillig bieten. Die Bahn muß erst mal Verzinsung, Amortisation und noch einigen Profit bringen, ehe man weiter verbilligen kann. Die Einnahmen sind nicht so stark gewachsen, um über die Vorschläge des Magistrats hinaus noch mehr nachzulassen.

Der Referent, Herr Stv. Probst, äußert sich in ähnlichem Sinne. Uns drohe noch eine große Ausgabe; denn die Aufsichtsinstanz komme mit der Auflage:

Einführung von Luftdruckbremsen.

Das würde eine Ausgabe von 70 000 Mark bedingen. Darum solle man den Tarif jetzt nicht noch weiter ermäßigen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Magistrats angenommen, der Antrag Pfautsch abgelehnt, desgleichen die Anträge Emmer und Osterburg. Angenommen wird dagegen der Antrag Brehmer, daß die Deputation die Einführung von Monatskarten erwägen solle.

2. Die Versammlung beschließt die Veräußerung einer in der Marthastraße gelegenen Parzelle von 1 Qm. Größe an die Schlüterschen Erben zum Preise von 80 Mk. und den Ankauf einer Parzelle von 0,09 Qm. Größe zum Preise von 7,20 Mk. von den Schlüterschen Erben. (Ref. Herr Stadtv. Gremplerz.)

Punkt 3 betrifft Ausbau von

Straßen im Schluchtengelände bei Cröllwitz.

Herr Stv. Giese trägt folgende Vorlage vor: In dem Bebauungsplan von Halle-Cröllwitz ist für das Gelände auf den Höhen zwischen der Cröllwitzer Straße und dem Birkenwäldchen am Rande entlang eine Straße vorgesehen. Der an diese Straße grenzende, nach der Saale zu gelegene Abhang ist fluchtlinienmäßig zu öffentlichen Anlagen bestimmt worden. Naturgemäß ist die Anlegung einer solchen Straße als Unternehmerstraße schwer zu erreichen, weil sie nur einseitig bebaut werden kann. Nach langen Verhandlungen ist nunmehr mit den Besitzern des Geländes ein Vertrag vereinbart worden, nach dem der Ausbau dieser Randstraße (Hoher Weg) gesichert wird. Der Allgemeinheit wird hierdurch ein weiterer Promenadenweg und ein für die Bebauung günstiges Gelände erschlossen werden. Nach dem Vertrage haben die Besitzer, Sanitätsrat Dr. Ulrichs und die Erben des verstorbenen Steuerinspektors Cremer, das rund 16 100 Qm. große, reich mit Bäumen bestandene Schluchtengelände, einschl. der bekannten Bergkuppe in der Nähe der Bergschenke sowie das in die Randstraße entfallende Land in ganzer Straßenbreite, der Stadtgemeinde unentgeltlich sowie schulden- und lastenfrei zu übereignen. Die Stadtgemeinde übernimmt dafür den Ausbau der Straßenstrecken b—c und c—d. Die Kosten der Strecke c—d werden von ihr unter Verzicht auf einen Beitrag der Eigentümer der angrenzenden Grundstücke getragen, während diejenigen der Strecke b—c von den Eigentümern der an diese Straßenstrecke angrenzenden Grundstücke bei dem Anbau an der Straße gemäß den Bestimmungen des Ortsstatuts über Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen im Stadtkreise Halle a. S. eingezogen werden. Ferner erfolgt der Ausbau der Strecke b—m und m—a durch die Stadt, die Straßenausbauunternehmer zahlen zu diesen Straßenherstellungen einen Kostenbeitrag von 17 091 Mk., der in zwei Raten abzuführen ist.

Die Straßen sollen vorläufig nur chaussiert werden, die Herstellung des in der Kostenberechnung vorgesehenen Kleinpflasters soll erst nach stattgehabter Bebauung der angrenzenden Grundstücke, also nach Jahren, erfolgen. Es sind daher vorläufig nur die Mittel für Erdarbeiten, Kanal und Chaussierung zu bewilligen.

In Uebereinstimmung mit der Baudeputation ersucht der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung, 1. der Aenderung des Höhenplanes zuzustimmen, 2. sich mit Festsetzung der Strecke b—c des Hohen Weges als Einheit einverstanden zu erklären, 3. den Abschluß des Vertrages zu genehmigen, 4. die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen, und zwar zunächst für Erdarbeiten und Chaussierung der Strecke b—c 5200 Mk., der Strecke c—d 13 425 Mk., zusammen 18 625 Mk., aus der Anleihe von 1910, für den Kanalbau auf der Strecke b—c 4450 Mk. aus der Kanalbauanleihe, für den Kanalbau auf der Strecke c—d 8050 Mk. ebenfalls aus der Kanalbauanleihe, jedoch mit der Maßgabe, daß diese Kosten der letzteren an den in der Anleihe von 1910 für Grunderwerb vorgesehenen Mitteln erstattet werden. Für den Ausbau der Strecke b—m—a sind Mittel zurzeit nicht zu bewilligen, da die entstehenden Kosten aus der von den Unternehmern des Straßenausbaues zu zahlenden Abfindungssumme gedeckt werden.

Der Referent empfiehlt die Vorlage.

Herr Stv. Emmer betont, daß man sich den Besitzern nicht zu Dank verpflichtet fühlen möge. Die Stadt sei es, die wieder Opfer bringe; sie zahle 5000 Mk. pro Morgen für Schluchtenterrain, das allerdings ein schönes Stückchen Erde sei, sonst aber keinen sonderlichen Wert habe. Hoffentlich werden recht bald dort Wege angelegt und in solcher Ausführung, daß die Bevölkerung an dem idyllisch gelegenen Terrain Freude habe.

Die Vorlage wird genehmigt.

Punkt 4 betrifft die Festsetzung von Haushaltsplänen. Es wird zunächst das Kapitel Feuerlöschwesen genehmigt (Ref. Herr Stv. Borges). 15 000 Mk. soll als erste Rate für eine später zu errichtende

Nord-Feuerwache

bewilligt werden.

Herr Stv. Emmer bemängelt das. Die Feuerwehr wende sich immer mehr den schnellen Automobilen zu; durch diese schnellen Fahrzeuge würden Nebenwachen überflüssig. Richtig sei ja, daß die Freiwillige Feuerwehr in Trotha immer mehr ihre Existenzberechtigung verliere; breche wirklich mal Feuer aus, da sei die Berufsfeuerwehr gleich zur Stelle. Redner fragt, wie sich die

Automobile bei der Feuerwehr

bewähren.

Herr Stadtrat Dr. Pusch entgegnet, sie bewähren sich vorzüglich; außerdem erweisen sich die Betriebskosten geringer, als man ursprünglich angenommen hat. Wir werden mit der Automobilisierung unseres Feuerlöschwesens immer weiter fortschreiten. Die Freiwillige Feuerwehr in Trotha ist gewiß auf dem Posten, aber der Zeitpunkt kommt nach Ansicht der Feuerkommission, wo die Wehr mal eingeht. Für den Norden, für Trotha ist ein erhöhter Feuerschutz nötig; wie für den Süden wird auch für den Norden sich einmal die Einrichtung einer besonderen Wache als unumgänglich erweisen. Wir wollen als Anfang 15 000 Mk. einsetzen, und überlassen es der Zukunft, wie wir mal die Mittel verwenden.

Herr Stv. Riediger äußert sich im gleichen Sinne. Es müssen künftig Einrichtungen geschaffen werden, die verhindern, daß, wenn im Norden Feuer auskommt, das Zentrum vom Feuerschutz entblößt wird.

Herr Stv. Michel erkennt es an als ein Akt vorsichtiger Finanzwirtschaft, daß schon jetzt eine Rate für ein künftiges Norddepot eingestellt wird. Im Etatsausschuß sei die Notwendigkeit einer Nordwache anerkannt worden. Wenn sie durch die Entwicklung des Feuerlöschwesens nicht nötig werden sollte, könne man später das aufgesparte Geld zu anderen Zwecken verwenden.

Herr Stv. Giese bestreitet, daß die Notwendigkeit einer Nordwache im Etatsausschuß anerkannt worden sei. Unsere Stadt brauche nicht in Raten von 15 000 Mk. das Geld für eine Nordwache aufzusparen; sind wir denn wirklich so arm, daß wir die erforderlichen 75 000 Mk., wenn sie mal nötig werden, nicht dann auf einmal bewilligen können?

Herr Stadtrat Dr. Pusch: In welcher Weise das Geld später ausgegeben wird, ist Sache eines künftigen Beschlusses; wohl aber empfiehlt es sich, für eine Erweiterung unseres Feuerlöschwesens solchen Fonds anzulegen. Die Nordwache würde übrigens kleiner und billiger angelegt werden als die Südwache. Sie soll dabei nicht bloß Trotha decken, sondern den gesamten Norden.

Herr Bürgermeister v. Holly greift die Frage des Herrn Giese auf: Sind wir so arm? 75 000 Mark spielen für uns eine Rolle, und es ist eine weise Vorsicht, sie langsam aufzusparen. Ob wir eine Nordwache errichten oder andere Einrichtungen treffen, ist gleichgültig; jedenfalls trifft es zu, daß wir in absehbarer Zeit für die Erweiterung unseres Feuerlöschwesens Aufwendungen machen müssen.

Herr Stv. Emmer: Wir sind dies Jahr im Ueberschuß und wissen nicht, wohin mit dem Gelde. Da kommen denn alle solchen Projekte. Ich wohne im Norden; da habe ich ein persönliches Interesse an gutem Feuerschutz, aber dennoch sage ich: eine Nordwache ist unnütz. Lassen Sie uns lieber für das Geld noch einen Löschzug anschaffen.

Herr Stadtrat Dr. Pusch bemerkt, daß man sich durch Bewilligung der 15 000 Mk. keineswegs für eine Nordwache festlege.

Herr Stv. Meyer bestätigt diese Auffassung. Vielleicht hat sich später das Flugwesen schon soweit entwickelt, daß man es im Feuerlöschdienst verwendet, Löschbomben wirft usw. Jedenfalls werde man das Geld später in rationeller Weise ausgeben; aber die Summe in Raten aufzusparen, sei praktisch und weitblickend.

Der Antrag auf Bewilligung von 15 000 Mark wird angenommen als erste Rate „zu späterer Erweiterung unseres Feuerlöschwesens", das Kapitel: Feuerlöschwesen genehmigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120227012/fragment/page=0003

Ebenso das Kapitel „Bauwesen“, das Kapitel „**Friedhofswesen**“ und das Kapitel „Gemeinnützige Zwecke“. Bei den einzelnen Positionen entwickeln sich ausgedehnte Debatten; wir kommen darauf im Abendblatt zurück.

Es wurde wegen vorgerückter Zeit nur noch Punkt 9 erledigt.

9. Durch Erlaß vom 18. September 1911 ist der Stadtgemeinde Halle das nachgesuchte Recht verliehen worden, zur Durchführung des Projekts über Erweiterung der Heberleitung I und Neubau der Heberleitung II des Wasserwerks Beesen sowie Bildung eines Schutzbezirks das erforderliche Grundeigentum im Wege der Enteignung zu erwerben oder dauernd zu beschränken. Um nun, soweit nötig, mit dem Enteignungsverfahren vorgehen zu können, muß zunächst den Vorschriften des Enteignungsgesetzes entsprechend die vorläufige Planfeststellung erfolgen. Die Versammlung genehmigt den Plan. (Ref. Herr Stadtv. Kallmeyer.)

Stipendien für Besucher gewerblicher Fachschulen.

Die Handelskammer zu Halle a. S. kann in diesem Jahre aus dem Erträgnis der Bankier Ernst Haasengier-Stiftung fünf Stipendien zu je 75 Mark bewilligen. Tüchtige und würdige junge Leute, Söhne hallescher Bürger, welche die zum Besuche gewerblicher in Halle a. S. bestehenden Fachschulen erforderlichen Mittel nicht selbst aufbringen können, sind in erster Linie zu berücksichtigen; nur wenn in Halle zweckentsprechende Fachschulen nicht bestehen, können Bewerber, welche auswärtige Schulen besuchen, berücksichtigt werden.

Ferner kann ein Stipendium von 150 Mark und zwei solche von je 100 Mark aus dem Stipendienfonds der Handelskammer verliehen werden. Diese Stipendien sollen zur Bestreitung von Auslagen, die durch den Besuch einer kaufmännischen oder gewerblichen Fachschule oder Bergbauschule notwendig werden, dienen. Die Stipendien können gewährt werden bedürftigen Söhnen von Kaufleuten oder kaufmännischen Angestellten aus dem Bezirke der Handelskammer zu Halle a. S. (Regierungsbezirk Merseburg mit Ausnahme der Kreise Sangerhausen und Schweinitz) oder solchen jungen Leuten, welche bei einer Firma des Handelskammerbezirks ihre Vorbildung zu einem kaufmännischen oder technischen Berufe empfangen oder empfangen haben.

Nähere Auskunft erteilt das Bureau der Handelskammer zu Halle a. S., Franckestr. 5. Bewerbungsschreiben sind bis zum 25. März d. J. an die Handelskammer zu richten.

Selbstbefreiung und Heilung von Nervosität und ihren rätselhaften Begleiterscheinungen. Wir wollen nicht verfehlen, unsere Leser auf den heute abend 8½ Uhr im kleinen Saale der Thalia-Festsäle stattfindenden ersten Vortrag, sowie gleichzeitig auf den morgen Abend stattfindenden zweiten Vortrag des Psychologen Rud. Parthey aus Ettingen (Schweiz) besonders aufmerksam zu machen.

Vor dem Verwaltungsgerichtshof in Gotha kam am verfl. Sonnabend eine Klage der Landwirtschaftskammer in Halle gegen eine Entscheidung des Herzogl. Staatsministeriums zur Verhandlung. Referent war Herr Justizrat und Oberlandesgerichtsrat Dr. Sammer-Jena. Die Landwirtschaftskammer hatte den Eisenbahnfiskus für von diesem genutzten Grundstücke an der Strecke nach Ohrdruf zu Beiträgen herangezogen, deren Zahlung verweigert wurde. Das angerufene Staatsministerium hatte zugunsten des Eisenbahnfiskus entschieden. Der Verwaltungsgerichtshof stellte sich auf den gleichen Standpunkt, da auf Grund eines Staatsvertrages zwischen Preußen und Gotha der Eisenbahnfiskus von jeder Abgabe zugunsten öffentlicher Korporationen befreit sein muß. Die Klage wurde daher abgewiesen und der Kostenbetrag der Kammer auferlegt.

Provinzialnachrichten.

Steuererhöhung.

Helbra, 24. Febr. In der Sitzung der Gemeindevertretung wurde beschlossen, die Sätze für die einzelnen Steuerarten um je 10 Prozent zu erhöhen.

! **Zeitz, 25. Febr.** (Der neue Haushaltsplan des Landkreises Zeitz) steht in Einnahme und Ausgabe 190 200 Mk. vor. Die Kreissteuern sollen einbringen 103 653 Mk., die Grundstücksumsatzsteuer 22 000 Mk., die Schankerlaubnissteuer 3000 Mark, die Hundesteuer 8800 Mk., die Jagdscheinabgaben 5000 Mark, die Kreissparkassenüberschüsse 7500 Mk. Bei den Ausgaben sind vorgesehen: Verwaltungskosten 19 518 Mk., für gesundheitliche und wohltätige Zwecke 20 793 Mk., Provinzialabgabe 50507 Mk., für Kreisstraßen 24 245 Mk., Verzinsung und Tilgung der Schulden 37 132,50 Mk., Beihilfen zum Wegebau 7500 Mk. Das Kreisvermögen beträgt 296 694 Mk., dem Schulden in Höhe von 376 206 Mk. gegenüberstehen.

Zeitz, 25. Febr. (Sein 90. Lebensjahr) vollendete gestern einer unserer ältesten Mitbürger, Herr Amtsgerichtsrat a. D. Jacobi. Der König hat ihm aus diesem Anlaß den Charakter als Geheimer Justizrat verliehen. Im Auftrage des Oberlandesgerichtspräsidenten wurde ihm das Patent am Geburtstage durch Geheimen Justizrat Rittler überreicht, der ihm auch die Glückwünsche sämtlicher richterlichen Beamten des hiesigen Amtsgerichts überbrachte.

Erfurt, 24. Febr. (Ein hartes Geschick.) In Haselbach spielte ein fünfjähriges Mädchen mit Feuer und verbrannte sich so, daß es starb. Die Familie hat vor Jahresfrist ein Kind aus gleichem Anlaß verloren.

Erfurt, 24. Febr. (Die entlarvte „Rindslende“.) Dem „Allg. Anz.“ zufolge hat die Staatsanwaltschaft gegen eine Handelsfrau in Erfurt-Nord ein Betrugsverfahren eingeleitet, dem ein recht netter Tatbestand zugrunde liegt. Die Frau soll viele Jahre lang Pferdefleisch, das sie von einem Erfurter Schlächter bezog, an bessere Kundschaft als Rindslende, das Pfund für eine Mark, verkauft haben.

Aschersleben, 23. Febr. (In der Verwaltung des Kaliwerkes Aschersleben) werden in nächster Zeit mehrfache Veränderungen erfolgen. So tritt an Stelle des Generaldirektors Bährentz, der nach Neubrandenburg zurückkehrt, Bergrat Zirkler aus Bleicherode. Ferner tritt Direktor Albrecht in den Ruhestand und zieht fort von hier. Auch Direktor König wird voraussichtlich den 1. Juli nach Hannover übersiedeln. Da die Herren Albrecht und König der ersten Abteilung der Stadtverordnetenversammlung angehören, stehen uns also auch in absehbarer Zeit Ersatzwahlen bevor.

Staßfurt, 24. Febr. (Diebstähle.) Es vergeht fast kein Tag, daß nicht die Nachricht von irgend einem Diebstahl oder Einbruch die Stadt durcheilt. So wurden die Schaufenster des Schuhgeschäfts der Witwe Völker mit einem größeren Stein zertrümmert und Schuhwaren im Werte von 400 bis 500 Mark gestohlen. Glücklicherweise gelang es diesmal, den Täter bald zu erwischen, und zwar in Magdeburg. Auf der Straße bot er die gestohlenen Schuhe zum Verkauf an. Hierbei wurde er von einem Kriminalbeamten festgenommen. Der Dieb gestand, die Schuhe aus dem Völkerschen Laden in Staßfurt entwendet zu haben.

Sandersdorf, 23. Febr. (Verschwunden.) Seit Montag ist der Schmiedemeister Otto Zickner unter Mitnahme eines Barbestandes von über 1000 Mark, sowie Wäschegegenständen verschwunden. Die Ehefrau Z. ist schon seit langem krank und befindet sich augenblicklich in der Klinik zu Halle, doch ist ihr Befinden auf dem Wege der Besserung. Die bedauernswerte Frau findet wahrscheinlich bei der Rückkehr ihr Heim einsam und leer vor. Die Gründe, welche den Mann veranlaßten, auf und davonzugehen, sind nicht bekannt.

Altenburg, 23. Febr. (Feste Besoldung und Pension der Hebammen.) Der Landtag hat ein Gesuch der Hebammen des Herzogtums um feste Besoldung und Pension, der Regierung einstimmig zur Erwägung überwiesen. In dem Gesuch wird ausgeführt, daß die Anforderungen an die Kenntnisse und Berufspflichten der Hebammen wesentlich erhöht worden sind. Deshalb sollte mehr für den Hebammenstand getan werden. Man möge den Hebammen ein festes Einkommen sichern und Pension gewähren, auch eine Geburtssteuer (!!) nach den Verhältnissen des Vaters zur Einführung bringen.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

Der amerikanische Manager Lee Shubert hat von Reinhardt „Le Miracle“ angekauft, um die Pantomime im Newyorker Hippodrome aufzuführen.

HH. Ludwig Thoma hat ein dreiaktiges Volksstück „Magdalene“, die Tragödie eines Bauernmädchens, vollendet. Die Uraufführung wird im Oktober gleichzeitig im Residenztheater in München und am kleinen Theater in Berlin stattfinden.

Im Raimundtheater in Wien errang die Operette „Hoheit tanzt Walzer“ von Bramer-Gruenwald, Musik von Leo Ascher, großen Erfolg. Die Darstellungen waren ausgezeichnet.

Bruno Walther — Nachfolger Mottls in München. Der Wiener Hofkapellmeister Bruno Walther erhielt von der österreichischen Generalintendanz einen fünfmonatigen Urlaub nach München zwecks Leitung der Münchener Operndirektion. Bruno Walther wird die Münchener Mozart- und Wagnerfestspiele dirigieren.

Vermischtes.

Unfall im Theater.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich bei einer Faustaufführung am Stadttheater in Trier. In der Hexenküchenszene schlug der als Mephisto gastierende Hans Godeck vom Mannheimer Hoftheater so unglücklich auf die Töpfe, daß eine Scherbe dem dirigierenden Kapellmeister Sander ins Auge traf und den Augapfel spaltete. Der ohnmächtige Verletzte wurde sofort ins Krankenhaus übergeführt und operiert. Das Auge ist wahrscheinlich verloren.

Belohnung aus der Carnegiestiftung. Den Hinterbliebenen des Arbeiters Grabe, der beim Versuche, auf einem Essener Hüttenwerke seine Arbeitskollegen vor dem Verbrennungstode zu retten, tödlich verunglückte, sind aus der Carnegiestiftung zweitausend Mark bewilligt worden.

Ertrunken. Bei dem am Tollensesee gelegenen Ort Augustabad brach ein Primaner bei dem Versuche, den zugefrorenen See zu überschreiten, ein und ertrank.

Tod auf der Kanzel. Der Vorsteher des französischen protestantischen Missionswesens, Pastor Boegner, predigte in der Kirche von La Rochelle. Er hatte eben das Schlußgebet gesprochen, als er plötzlich auf der Kanzel zusammenbrach. Man eilte, ihm Hilfe zu bringen, er war jedoch auf der Stelle einem Schlaganfall erlegen und konnte nur als Leiche aus der Kirche gebracht werden.

Brandstiftung. In der Kölner Buchdruckerei von Wilhelm Offermann entstand ein Feuer, das das Leben der Mieter bedrohte. Eine Familie mußte auf das Dach des Hauses flüchten und konnte nur mit größter Mühe von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht werden. Eine Frau und ein Feuerwehrmann erlitten schwere Brandwunden. Die Kriminalpolizei glaubt, daß das Feuer durch Brandstiftung entstanden sei.

Im Erpreßzug beläubt und beraubt. Auf der Rückfahrt von Monte Carlo nach Nizza wurden einer Pariserin achtzehnhundert Frank gestohlen. Der Dieb hatte sein Opfer durch Chloroform eingeschläfert.

Selbstmord eines Opernsängers. In einer Gastwirtschaft in Frankfurt a. M. schoß sich der in Stuttgart geborene, 45 Jahre alte Opernsänger Gustav Dupont eine Kugel in die Brust und erlag bald darauf seinen Verletzungen. Dupont, ein lyrischer Tenor, begann seine Laufbahn als Sänger in Augsburg, war später in Danzig, Düsseldorf und Wiesbaden engagiert und gab dann meist Gastvorstellungen.

Die Wiener Faschingsehen. In der österreichischen Hauptstadt sind am verflossenen Faschingssonntag nicht weniger als 1100 Paare, die sich während der 45tägigen Regentschaft des lustigen Prinzen auf dem glatten Parkett fanden, vor den Altar getreten, um den Bund fürs Leben zu schließen. Verlobungen, die im Fasching eingegangen werden, sollen, einem alten Brauch zufolge, spätestens am Faschingssonntag in Eheschließungen umgewandelt werden, und daher erklärt sich der Massenandrang der Heiratslustigen. Die Priester waren genötigt, immer mehrere Paare gleichzeitig zu trauen, um die sonstige Dienstordnung aufrecht erhalten zu können, und es kam sogar dazu, daß in einer der am stärksten besuchten Kirchen 40 Brautleute gleichzeitig vor den Altar traten. Der Wiener Fasching 1912 hat also seine Pflicht erfüllt!

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Ilmenau, Montag, 26. Febr., 8 Uhr morg.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das südwestliche Hochdruckgebiet hat sich wieder mit dem nordöstlichen vereinigt; im Westen und im Nordwesten sind ozeanische Depressionen im Vordringen, so daß die jetzt eingetretene ziemlich heitere und trockene Witterung nur von kurzer Dauer sein wird.

Witterungsaussicht für den 27. Februar:

Mäßiger Wind, wechselhaft bewölkt, auch aufheiternd, zeitweise geringer Regen, mild.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

23. Februar: Bewölkt, milde, windig, feucht.
29. Februar: Vielfach trübe starke Winde, Regenfälle, milde.
1. März: Meist bedeckt, feucht, kühler.
2. März: Wolkig, teils heiter, tags milde, nachts kalt.

Letzte Nachrichten.

Der Konflikt im Rudolstädter Landtag.

§§ **Rudolstadt, 26. Febr.** (Privattelegramm.) **Nach einer Mitteilung der „Rudolstädter Ztg.“ scheint die Auflösung des Landtages, die wegen der Forderungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion an die Regierung für heute signalisiert war, nunmehr in die Ferne gerückt. Es hat heute keine Plenarsitzung, sondern nur eine vertrauliche Sitzung stattgefunden, über die verlautet, daß die Linke von ihren Forderungen etwas nachgelassen habe. Auch die Fürstliche Regierung habe einiges Entgegenkommen gezeigt, so daß eine Auflösung einstweilen ausgeschlossen ist.**

Die Nationalliberalen Badens.

Karlsruhe, 26. Febr. (Privat-Telegramm.) Der Vorstand des Landesverbandes der jungliberalen Vereinigungen Badens war heute in Karlsruhe versammelt und veröffentlicht nach langer Beratung folgende Entschließung:

„Zur Frage der Präsidentenwahl im Reichstag: Mit Besorgnis verfolgen wir die Haltung unserer nationalliberalen Reichstagsfraktion bei der Frage der Präsidentenwahl. Die Entscheidung bei der endgültigen Wahl der Präsidenten ist von entscheidendem Einfluß auf die Entwickelung der Partei und der politischen Entwickelung der Verhältnisse im Reiche und in den einzelnen Bundesstaaten. Wir erwarten, daß unsere Reichstagsfraktion entsprechend der Frontstellung der Partei in der Wahlkampagne weder an der Bildung des Präsidium der Rechten sich beteiligt, noch als einziger Vertreter der Linken in das Präsidium eintritt.

Kriegerverein und Reichstagspräsidentenwahl.

Soest, 26. Febr. In der gestrigen Kreiskriegerverbandsversammlung waren gegen die Wiederwahl des nationalliberalen Abgeordneten Schulenburg als 1. Vorsitzenden Bedenken laut geworden, weil Schulenburg im Reichstage bei der Präsidentenwahl für den Sozialdemokraten gestimmt hatte. Schulenburg teilte die Gründe mit, die die nationalliberale Reichstagsfraktion zu diesem Vorgehen veranlaßt haben. Nach heftiger Debatte schritt man zur Wahl. Auf Schulenburg entfielen 63, auf den Gegenkandidaten Baron von Vorkum 35 Stimmen. Schulenburg nahm die Wahl an.

Der Zukunftskrieg gegen Deutschland.

In der französischen Zeitschrift „Correspondent“ schreibt General Maitrot:

Das Fliegerregiment wird errichtete werden, aber man darf auch den Bau von Lenkballons nicht vernachlässigen. Es ist unerläßlich, daß Frankreich in kurzem eine mächtige und zahlreiche Luftflotte besitzt, deren Rolle zu Beginn des Krieges darin bestehen wird, in die deutsche Mobilisierung Verwirrung zu bringen, sie zu verlangsamen und zu verhindern. Ihre Aufgabe ist in dieser Hinsicht von dringender Klarheit. Alle Konzentrationswege der deutschen Armee hängen von acht Eisenbahnbrücken ab, die den Rhein zwischen Köln und Basel überbrücken. Diese Brücken werden das Ziel der französischen Lenkballons bilden.

Das Vorgehen Italiens.

Paris, 26. Febr. Der „Matin“, der Beziehungen zu italienischen Kreisen unterhält, will wissen, daß die italienische Regierung nicht die Absicht habe, die türkischen Häfen zu bombardieren oder Gebiete in Kleinasien oder Inseln im Aegäischen Meere zu besetzen. Die Aktion Italiens werde sich darauf beschränken, alle türkischen Kriegsschiffe zu zerstören, die seine Flotte im Aegäischen Meer finde. Wenn zum Beispiel die italienische Flotte erfahren sollte, daß sich türkische Kriegsschiffe im Hafen von Smyrna befänden, so würden diese zweifellos von demselben Schicksal ereilt werden, wie diejenigen, die im Hafen von Beirut in den Grund gebohrt wurden. In Pariser diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß für die großen Mächte der Augenblick gekommen sei, um eine gemeinsame energische Aktion in Konstantinopel (— soll es nicht Rom heißen? Die Red.) zu unternehmen.

Konstantinopel, 26. Febr. Nach einer aus Beirut eingelaufenen Meldung haben auch die beiden italienischen Panzerschiffe nicht unerhebliche Beschädigungen erlitten.

Vermischte Drahtnachrichten.

Zilli (Steiermark), 26. Febr. Die drei Kinder des Landwirts Worler fanden in der Scheune ein Paket mit Rattengift. Sie hielten es für Zucker und aßen davon. Zwei Kinder sind bereits gestorben, das dritte ringt mit dem Tode.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120227012/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank), Filiale a. M.

Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital: 160 Millionen Mark. — Reserven: 32 Millionen Mark.
Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklassigen Wertpapieren.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 206, Diskonto 189,37, Deutsche Bank 262,25, Berliner Handelsgesellschaft 172, Dresdner Bank 157,50, Commerz- u. Discontobank 115,87, Russische Anleihe von 1902 91,12, Türkenlose 169, Lombarden 18,13, Canada 228,37, Baltimore 104,25, Laurahütte 175,25, Bochumer Guss 223,75, Gelsenkirchen 198,37, Harpener 191,50, Deutsch-Luxemburg 183, Phönix 252, A. E.-G. 259,37, Siemens & Halske 236,87, Hamburger Paketfahrt 139,87, Nordd. Lloyd 105,12, Gr. Berl. Strassenbahn 191,75, Ametz—Friede 185,62, Hansa 215,50. Tendenz: Matt.

Am Kassamarkt notierten höher: Wanderer-Werke 4, Riedel 3, Gladbacher Wolle 3; niedriger: Schöneberg-Friedenau Terrain 3,50, Julius Berger 7,50, Gebhardt & König 4,50, Königsberger Zellstoff 8, Baum Masch.-Fabr. 3,50, Bruchsal Masch. 3, R. Frister 3,75, Kappel Masch., junge 4,75, Linke 3,50, Baer & Stein 7,75, David Richter 4,50, Hofmann Waggon 19, Vogtländ. Masch. 19, Zeitzer Masch. 3, Anilinfabrik 2,50, Elberfelder Farben 5, Höchster Farben 3,75, Nitritfabrik 4, Deutsche Gasglühlicht 6, Deutsche Linoleumfabrik 4, Deutsche Waffenfabrik 3,50, Karl Lindström 3,50, Nordd. Steingut 3,25, Zimmermann Piano 3, Union, chem. Fabr. 2,50, Akkumulatorenfabrik 4, Bergmann Elektr. 5, Dr. Paul Meyer 3, Girmes & Co. 2,25, Aplerbecker Bergwerk 2,25, Arenberger Bergwerk 3, Thale-Aktien 3, Essener Steinkohle 4,75, Niederlausitzer Kohlen 3, Wittener Stahlröhren 4,50, Thörl 11,60, Daimler Motorwagen 4, Dürkopp 3, Horch 3, Panzer 3, Rosenthal Porzellan 3, Plauener Tüll 4,75, Rheinische Spiegelglas 3,50 Proz.

•

Zum Kurszettel. Berlin, 26. Febr. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 —,—,—. 4% Bayrische Staats-Anl. 100,60G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 101,10G. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—,—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 —,—,—. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 93,40G. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 93,75G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 —,—,—. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1900 unk. 16 100,10G. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —,—. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 99,50b. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 —,—,—. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —,—. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 —,—,—. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 —,—,—. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 19 ,—,—. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII ,—,—. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. —,—,—. 4½% Deutsche Solvay-Werke 103,00G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 103,50bG. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 102,00bG. Vereinigte Lausitzer Glashütten 350,00bG.

Londoner Börse vom 26. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 73,68, Rio Tinto 70,90, Geduld 0,90, Goldfields 3,75, Steel com. 61,37, Steel prefs. 111,90, Rand Mines 6,09, Anaconda 7,37, Eastrand 2,56, Chartered 1,54, Aurora West 0,40, Cinderella Deep. 1,00, Johannesburg Goldfields 0,25, Van Ryn 3,05, Albus (Generals) 0,86, Rand Collieries 0,28, West Rand Consols 5/0, General Mining & Fin. 8,97, A. Görz & Co. 0,81, Modderfontain 10,56.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 26. Februar.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Adolfsglück-Aktien.	63½	65½	Johannashall	5400	5200
Alexandershall . .	11,700	12,600	Justus-Aktien	91	92
Beienrode	7000	7200	Kaiseroda	—	11300
Bismarckshall-Akt.	—	119	Krügershall-Aktien	132	135½
Burbach	15300	15500	Ludwigshall-Aktien	70	71
Carlsfund	6950	7100	Neusollstedt	3475	3550
Deutsche Kali-Akt.	—	—	Neustassfurt	—	12000
Friedrichshall-Akt.	131	132	Nordhäuser Kali-A.	117½	119
Glückauf-Sondersh.	21500	22000	Prinz Adalbert-Akt.	52½	53½
Grossherz. v. Sachsen	10200	10500	Reichskrone (Lossa)	—	—
Günthershall	5190	5290	Richard	—	—
Hannov. Kali-Aktien	82	83½	Ronnenberg-Aktien	122	123
Hansa Silberberg . .	7800	7900	Rothenberg	3250	3325
Hattorf-Aktien. . .	134,50	136,00	Sachsen-Weimar . .	7900	8000
Heiligenroda	9850	10000	Salzdetfurth-Aktien	326	329
Heldburg-Aktien . .	72½	73½	Salzmünde	6800	6900
Heldrungen I	1400	1450	Siegfried I	6750	6900
Heringen	6400	6600	Siegmundshall-Akt.	193	196
Hermann II	2050	2150	Teutonia-Aktien . .	90	92
Hohenfels	7350	7500	Walbeck	5200	5350
Hohenzollern	7450	7600	Wilhelmshall	12200	12500
Hugo	10600	11050	Wintershall	19200	20200
Immenrode	4950	5150			

Vom internationalen Zuckermarkt.

Während der abgelaufenen Berichtswoche zeigten die Preise — im Gegensatz zur Vorwoche — rückläufige Bewegung, die mit der eingetretenen abwartenden Haltung zusammenhängt, welche aus der Nähe des Zeitpunktes resultierte, der nunmehr die endgültige Erledigung der russischen Frage bringen soll. Neben den bereits zugestandenen 3 Millionen Zentnern Mehrausfuhr nach Russland während der laufenden Kampagne handelt es sich noch darum, festzusetzen, in welcher Weise die Verteilung der noch weiter zugestandenen 2 Millionen Zentner vor sich gehen soll. Gerade der letztere Umstand, der also noch nicht geklärt ist, veranlasste vorzugsweise das Ueberwiegen abwartender Tendenz. Wenn an einzelnen Tagen die Tendenz flau war, trotzdem die Nachfrage recht beachtenswert war, so trugen dazu vor allem wieder die Meldungen aus Cuba bei, die auch weiter dahin lauteten, dass die cubanische Rohrzuckerernte durch die Ungunst des Wetters verzögert und daher ein erhebliches Zurückbleiben gegenüber der anfänglichen Ernteschätzung immer wahrscheinlicher wird. Allerdings haben sich die amerikanischen Käufer etwas zurückgezogen und versuchen nach der ersten notwendigsten Deckung des Bedarfs billiger anzukommen. Die englischen Interessenten legten sich natürlich im Hinblick auf die nahe Entscheidung in Brüssel Zurückhaltung auf.

Die statistischen Verhältnisse zeigen folgende Veränderungen: Der Hamburger Lagerbestand vermehrte sich um 4900 (Vorjahr Abnahme um 141 800) Sack und beträgt nunmehr 452 400 (Vorjahr 443 700) Sack. — Die englischen Vorräte stellen sich nach einer Abnahme um 25 000 (Vorjahr 63 900) lz auf 1 434 400 (Vorjahr 440 000) dz. — Die Stocks in der amerikanischen Union zeigen Zunahme um 6000 (Vorjahr Abnahme um 4000) Tons und betragen jetzt 121 000 (Vorjahr 98 000) Tons. — Die cubanischen Vorräte wurden um 14 000 (Vorjahr 47 000) Tons erhöht und zeigen jetzt einen Umfang von 154 000 (Vorjahr 189 000) Tons. — Die sichtbaren Weltvorräte stellen sich nach einer Zunahme um 12 000 (Vorjahr 27 500) Tons auf rund 3 019 000 gegen 3 778 300 Tons zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Am Kornzuckermarkte war die Tendenz anfangs stetig, wurde dann aber schwächer, da die Inlandraffinerien sich allmählich zurückzogen. Ihr Versuch, billiger anzukommen, wurde von den Rohzuckerproduzenten zurückgewiesen. Dadurch stockte das Geschäft, und nachdem die einmalige Preisnotierung gleich zu Anfang der Woche für Erstprodukte eine Steigerung um 20 Pfg. pro Ztr. ergeben hatte, fielen die weiteren Preisnotierungen aus. Schliesslich kam es verschiedentlich zu ansehnlicheren Abschlüssen zwischen Inlandraffinerien und der etwas billiger als die Rohzuckerproduzenten anbietenden zweiten Hand. Nachprodukte waren ziemlich bis zum Wochenschluss angeboten und fanden bei den Raffinerien Unterkunft, anfangs zu 10 Pfg. pro Ztr. höheren Preisen, wurden dann aber um 30 bis 40 Pfg. pro Ztr. zurückgeworfen. In neuer Ernte kamen zu Anfang einzelne Geschäfte zustande; dann hörte der Verkehr ganz auf. — Am Terminmarkte ergibt sich nach mehrfachen Schwankungen, wobei die Grundtendenz an den meisten Tagen zur Schwäche neigte, ein Wochenverlust von 30 bis 32½ Pfg. pro Ztr. — Am Raffinademarkte kamen nur zu Anfang einige Geschäfte zu vollen Preisen zustande, später wurde die Haltung ruhig. Die Abforderungen auf alte Schlüsse blieben verhältnismässig klein. Das Ausfuhrgeschäft stockte.

David Söhne.

In der am 23. Februar stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrates der David Söhne Akt.-Ges. in Halle wurde beschlossen, der auf den 21. März einzuberufenden Generalversammlung bei Abschreibungen in Höhe von 80 000 Mk. gegen 70 000 Mk. im Vorjahre die Verteilung einer Dividende von 11 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre vorzuschlagen.

Bernburger Portland-Zementfabrik.

In der am 24. Februar stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrates der Bernburger Portland-Zementfabrik Akt.-Ges. in Bernburg wurde beschlossen, der auf den 22. März einzuberufenden Generalversammlung bei Abschreibungen in Höhe von 72 500 Mark gegen 62 700 Mk. im Vorjahre und bei reichlichen Reservestellungen die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. vorzuschlagen. Im vorigen Jahre konnte eine Dividende nicht zur Verteilung gelangen.

Die Lage der Handschuhbranche und Glacéledergerberei im Februar.

Man schreibt der „Voss. Ztg.": Die Handschuhfabriken, die für den Export arbeiten und vorher ziemlich zufriedenstellende Orders gehabt hatten, beklagen sich jetzt über Mangel an Aufträgen, und die Frühjahrsorders, die gewöhnlich um diese Zeit schon gegeben waren, fehlen noch zum grossen Teil; man glaubt, dass angesichts der unklaren finanziellen und kommerziellen Lage in den Vereinigten Staaten ein grosser Teil der Saison für die Exporthandschuhfabriken ausfallen wird. Die heimische Handschuhfabrikation, die noch im Anfang des neuen Jahres ein ziemlich befriedigendes Geschäft gehabt hatte, hat auch ihre Arbeit einschränken müssen und beklagt sich besonders über den Eingang der Gelder. Die Glacélederfabriken, die für den inländischen Markt arbeiten, sind hierdurch natürlich auch in Mitleidenschaft gezogen, und wenn man sich schon vorher über ungenügende Preise für Leder beklagte, so ist es jetzt noch schwieriger, von den Handschuhfabrikanten Preise zu erzielen, die einen kleinen Nutzen lassen. Die für den Export nach den Vereinigten Staaten arbeitenden Glacélederfabrikanten hatten schon im vorigen Jahre sehr unter der amerikanischen Krisis zu leiden und erst seit Oktober sind einige Orders, die aber nicht in Einklang mit den Kostpreisen waren, erteilt worden. Die Lage dieser Fabriken hat sich infolge der Zollschikanen, die die amerikanische Regierung jetzt macht, beträchtlich verschlechtert. Alles dies ist nicht dazu angetan, die Lage freundlicher zu gestalten, und man sieht im allgemeinen recht wenig vertrauensvoll in die Zukunft. Man hat sich hier über die kleine Hausse, die einige französische Fabrikanten bei Erneuerung ihrer Kontrakte in Südfrankreich ohne Grund in Szene gesetzt hatten, gewundert; angesichts der Lage in Deutschland ist man keineswegs geneigt, ihnen hierin zu folgen, sondern man glaubt im Gegenteil, dass, wenn nicht eine völlig durchgreifende Aenderung der Geschäftslage kommt, man gezwungen sein wird, das Rohmaterial billiger zu kaufen als im Vorjahre. Wenn die Zollschwierigkeiten in den Vereinigten Staaten nicht bald in einer zufriedenstellenden Weise geregelt werden, so wird mit einer ziemlichen Preisreduktion, besonders für grosse Felle, die ja hauptsächlich nach drüben exportiert wurden, zu rechnen sein.

Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau. Der Aufsichtsrat beschloss, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 11 (i. V. 9) Proz. bei reichlichen Rückstellungen sowie die Ausgabe von 3 Mill. Mk. Aktien vorzuschlagen.

Königsberger Zellstoffabrik Akt.-Ges. Die Verwaltung teilt mit, dass sie auf Grund der bisherigen Ergebnisse für das am 31. März d. J. ablaufende Geschäftsjahr glaubt, eine um 1 bis 2 Proz. höhere Dividende als im Vorjahre (20 Proz.) vorschlagen zu können, falls nicht noch unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten.

Die Zwirnereimaschinenfabrik Carl Hamel A.-G. in Chemnitz-Schönau erhöht zwecks Betriebserweiterung ihr Kapital um 300 000 Mk. auf 1,3 Mill. Mk. Die Deutsche Bank wird die neuen Aktien den Aktionären zu 193 Proz. im Verhältnis von 4 : 1 zum Bezuge anbieten.

Die Leinengarnspinnerei und Bleicherei vorm. Renner & Co. in Röhrsdorf bei Friedeberg am Quais erzielte einen Reingewinn von 92 816 (94 420) Mk., aus dem 6 (7) Proz. Dividende verteilt werden sollen. Die Verwaltung erhofft, falls die Preissteigerung der Baumwolle weiter anhält, davon eine günstige Rückwirkung auf die Leinen-Industrie.

Aus der französischen Textil-Industrie. Die am 18. d. M. abgelaufene Betriebseinschränkung der französischen Flachsgarnspinner, die für 3 Monate beschlossen war, wird nur noch bis zum 2. März aufrecht erhalten werden. Von diesem Termin an werden sämtliche Spinnereien wieder voll arbeiten.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 26. Febr. Am Frühmarkt sortierten Weizen inländ. 210,00—210,50 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländ. 189,00—190,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussisch., posenscher und schlesischer fein 210—213, mittel 204—209, gering 200—203, russisch, und Donau mittel 202—207, gering 197—201 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerikanischer mixed. 184—188, abfallender — —, runder 186,00—189,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 185,00—190,00, gute 191—202, russische und Donau leichte 173,00—185,00, schwere 185—190 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware mittel 183—189, Tauberbsen 190—198 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 24,75 bis 29,00. Roggenmehl 0 und 1 22,40—24,50. Weizenkleie 14,15—14,65. Roggenkleie 14,35—14,90.

Hamburg, 26. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen ruhig, Ostholst, Mecklbg., 212—213. Roggen still, Mecklburg. und Pomm., 193—194. Gerste behpt., südruss. 155—157. Hafer ruhig, Holsteiner. — — Mecklenburger — —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 208 bis 215. Mais stetig, La Plata — , mixed 137—138, mixed loco 137.

Liverpool, 26. Febr. Rotter Winterweizen per März 7,0½, per Mai 7,4½, still. Mais, März 5,11½, La Plata Mai 5,11½, still.

Pest, 26. Febr. Weizen per April 11,75 G., 11,76 B., Mai —,— G., —,— B. Roggen per April 10,65 G., 10,66 B. Hafer per April 10,28 G., 10,27 B. Mais per Mai 8,87 G., 8,88 B., per Juli 8,76 G., 8,77 B., per Aug. —,— G., —,— B. Raps Aug. 15,80 G., 15,90 B.

Antwerpen, 26. Febr. Deutscher La Platazug. Kontrakt B., per Febr. —,—, April 5,35, Juni 5,52½, Aug. 5,67½, Okt. 5,75 Fr. Umsatz 30,000 kg. Still.

Zucker.

Hamburg, 26. Febr. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	
per Februar	15,95	16,10	16,05 M.
„ März	16,05	16,15	16,15 „
„ April	16,15	16,25	16,27½ „
„ Mai	16,35	16,40	16,37½ „
„ August	16,47½	16,47½	16,45 „
„ Okt.-Dez. . . .	11,85	11,80	11,77½ „
	stetig	ruhig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 26. Febr. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	66¼ G.	66 G.	66 G.
„ Mai	66¾ G.	66¾ G.	66¾ G.
„ September . . .	66¾ G.	67 G.	67 G.
„ Dezember . . .	66¾ G.	66¾ G.	66¾ G.
	behauptet	behauptet	behauptet

Havre, 26. Febr. Kaffee good average Santos per März 83½, per Mai 81½, per Sept. 81½, per Okt. 80½. Bebpt.

Eier.

Berlin, 26. Febr. Eier pro Schock, vollfrische ausländische —,— bis —,—, in- und ausländische bessere Sorten 5,60—5,70, in- und ausländische geringere Sorten 5,50 —, zweite Sorten —,— —,—, Kühlhauseier —, Kalkeier —, kleine Eier 5,00—5,10 M. Abwartend.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg, 26. Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 33,50—34,00. Stetig.

Berlin, 26. Febr. Kartoffelmehl und -Stärke 33,50. Feuchtes Kartoffelmehl —,—.

Spiritus.

Nordhausen, 26. Febr. Branntwein 40 Vol. Pros. für 100 kg (105—100 l) 91,00—92,00 M., do. 45 Vol. Pros. für 100 kg (100—107 l) 101,75—102,75 Mark per Januar 1912 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Hamburg, 26. Febr. Stadtschmalz 54,00, amerik. Steam 44,00. Chamberlain 45,50.

Köln, 26. Febr. Rüböl loko 66,00, per Mai 63,00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 26. Febr. Chilisalpeter per loko 10,50, Febr.-März 10,02½ frei Fahrzeug Hamburg. Fest.

Wolle.

Bremen, 26. Febr. Baumwolle still. Upl. loko middl. 54,25 Pfg.

Liverpool, 26. Febr. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, Import 4000 Ballen, davon Amerikaner 4000 Ballen.

Alexandria, 26. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 16,12, Mai 16,13, Nov. 16,11.

Liverpool, 26. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 8,47.

Metalle.

London, 26. Februar. Chili-Kupfer fest 64½, Mon. 64¾, Zinn Straits fest 196, 3 Mon. 192½. Blei span., stetig 15 13/16, engl. 16½. Zink, gewöhnl. Marke, ruhig 26½, spez. Marke 27½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	26.2.	24.2.	Chicago.	26.2.	24.2.
Weizen p. Mai	104⅜	104⅜	Weizen p. Mai	100¼	100¼
„ „ Juli	100¾	101¼	„ „ Juli	95⅝	95¾
Mais prompt	72¼	72½	Mais p. Mai	68⅛	68⅜
„ p. Mai	—	—	„ „ Juli	66	67⅛
Mehl Spring clears	4,25	4,30	Hafer p. Mai	52⅛	52⅜
Kaffee Fair Rio Nr. 7	14¼	14¼	„ „ Juli	47⅛	47⅛
„ p. Febr.	13,26	13,26	Roggen prompt	90	90
„ p. März	13,26	13,28	Schmalz p. Juli	9,07½	9,00
Petroleum in Cases	9,90	9,90	„ „ Mai	9,25	9,15
do. in New York	8,10	8,10			
do. in Philadelphia	8,10	8,10			

Tendenz: Weizen willig. Mais stetig.

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Nordamerika: Hamburg 22. Febr. 1 Uhr nachm. von New York über Neapel nach Genua. President Grant 22. Febr. 1 Uhr nachm. von New York über Plymouth und Cherbourg nach Hamburg. Prinz Adalbert, von Philadelphia kommend, 22. Febr. 12 Uhr nachts Bishop Rock passiert. — Westindien, Mexiko, Südamerika: Bolivia 22. Febr. in Havana. Hohenstaufen, nach Mittelbrasilien, 22. Febr. 3 Uhr 25 Min. nachm. Cuxhaven pass. König Friedrich August, nach dem La Plata, 22. Febr. 12 Uhr 40 Min. mittags Cuxhaven passiert. La Plata, heimkehrend, 22. Februar von Pto. Mexico. Mecklenburg, nach Westindien, 22. Febr. 5 Uhr 30 Min. nachm. von Vlissingen. Parthia, nach Brasilien, 22. Febr. morgens Teneriffa passiert. Rhaetia, nach Nordbrasilien, 22. Febr. 11 Uhr morgens in Lissabon. Rugia, von Nordbrasilien kommend, 22. Febr. 12 Uhr mittags von Havre. Sachsenwald, von Westindien kommend, 22. Febr. 6 Uhr 45 Min. abends Dungeness passiert. — Ostasien: Patricia, Truppentransport nach Cuxhaven, 22. Febr. 9 Uhr abends von Tsingtau. Sithonia 23. Febr. 7 Uhr 30 Min. morgens von Vlissingen nach Hamburg. — Verschiedene Fahrten: Assyria, nach Rotterdam, 23. Febr. 4 Uhr 10 Min. morgens Cuxhaven passiert. Ekbatana, von Persien kommend, 22. Febr. morgens Perim passiert.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Ab Bremerhaven: Kronprinz Wilhelm 27. Febr. nach New York über Southampton—Cherbourg. Main 2. März nach New York und Baltimore. Coburg 2. März nach Argentinien. — Ab New York: Berlin 2. März nach Genua über Gibraltar, Algier und Neapel. — Ab Genua: Gneisenau 27. Febr. nach Australien. Prinz Heinrich 29. Febr. nach Alexandrien über Neapel und Korfu. Prinzess Irene 29. Febr. nach New York über Neapel und Palermo. — Ab Alexandrien: Prinzregent Luitpold 28. Febr. nach Marseille über Neapel.

Neueste Dampferbewegungen:

Prinz Friedrich Wilhelm 21. Febr. von Cherbourg. George Washington 22. Febr. in New York. Bonn 22. Febr. von Lissabon. Heidelberg 20. Febr. von Las palmas. Aachen 22. Febr. in Santos. Kleist 22. Febr. von Bremerhaven. Lützow 22. Febr. von Genua. York 22. Febr. in Hongkong. Coburg 22. Febr. in Antwerpen. Norderney 22. Februar in Bremerhaven. Crefeld 21. Febr. von Funchal. Seydlitz 20. Febr. in Aden. Friedrich der Grosse 21. Febr. von Sydney. Bülow 21. Febr. von Genua. Berlin 21. Febr. in New York. Prinzess Irene 21. Febr. von Algier. Prinz Heinrich 21. Febr. in Alexandrien. Prinzregent Luitpold 21. Febr. von Marseille. Coblenz 23. Febr. in Hongkong.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel .	26. Febr.	+0,47	26. Febr.	+0,47	—	—
Nebra, Oberpegel . . .	„	+1,80	„	+1,90	—	10
„ Unterpegel . . .	„	+1,30	„	+1,26	4	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,62	„	+2,72	—	10
„ Unterpegel	„	+0,98	„	+1,50	—	52
Trotha	25. „	+2,06	26. „	+2,50	—	44
Alsleben, Oberpegel . .	25. „	+2,48	26. „	+2,50	—	2
„ Unterpegel . .	„	+1,52	„	+1,62	—	10
Bernburg	„	+1,31	„	+1,48	—	17
Kalbe, Oberpegel . . .	„	+1,70	„	+1,73	—	3
„ Unterpegel . . .	„	+1,16	„	+1,36	—	20

Iser. Eger. Elbe. Moldau.								
	Febr.	Fall	Wuchs			Febr.	Fall	Wuchs
Jungbunzl. .	25.	+0,14	—	4	Wittenberg	26.	+2,39	—	7
Laun	„	+0,56	—	4	Roslau . . .	„	+1,15	—	2
Budweis . . .	„	—0,02	—	3	Barby . . .	„	+1,98	—	5
Prag	„	+1,06	—	48	Schönebeck	„	+1,53	—	5
Pardubitz . . .	„	+0,22	—	32	Magdeburg .	„	+1,51	—	7
Brandeis . . .	„	+0,30	—	—	Tangermde. .	„	+2,41	—	13
Melnik	„	+0,30	—	10	Wittenbrge. .	„	+2,00	8	—
Leitmeritz . .	26.	+1,62	—	10	Dömitz . . .	25.	+1,70	28	—
Aussig.	„	+1,92	—	121	Boizenburg .	„	+1,50	—	25
Dresden . . .	„	—0,45	—	23	Hohnstorf . .	26.	+1,91	9	—
Torgau	„	+1,51	—	21	Lauenburg . .	„	+1,90	12	—

Aussig, 26. Februar. Pegelstand plus 121 cm. Vom Oberlauf werden 547 cm Wuchs gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120227012/fragment/page=0005

Berliner Börse, 26. Febr. 1912

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.															
				Magdeburg	v	3½	92.80G	Türk. Zoll. 11	a	4	81.10bG	Mosk. Kiew W	d	4	88.60b
Dt. Rchs. Sch.	d	4	100.00G	Mainzer 00	a	4	99.30G	do. 400 Fr. L.	—	frc.	139.90b	Mosk. Rjäsan	b	4	91.60B
do. 1.7.12	d	4	100.20b	Mannh 01 06	b	4	99.40G	Ung. Goldrt.	a	4	92.40B	do. Windryb.	d	4	88.20bG
do. 1.4.15	d	4	100.25bG	Mind. 95/02	v	3½	—.—	do. kleine	a	4	93.50b	Podol. Eisenb.	d	4½	96.50bG
Pr. Schatz 12	a	4	100.13bG	Mülheim Rhr.	d	3½	90.00G	do. Kronenrt.	f	4	—.—	Rjäsan-Kozl	d	4	88.40G
do. 13	d	4	100.10bG	München 94	v	3½	91.50G	do. kleine	f	4	89.70b	do. Uralsk 94	c	4	89.70b
Dt. Rchs.-Anl	v	3½	91.00bG	do. 00 01 06	v	4	99.60G	do. St. Rnt. 10	c	4	90.30bG	do. 07 uk. 08	e	4	88.25bG
do. do.	v	4	101.50bG	do. 1907/13	d	4	99.70G	do. do. 1897	a	3½	78.80bB	Rybinsk gar.	f	4	—.—
do. do.	v	3	82.00bG	do. 1908	e	4	99.80G	do. Lose	—	frc.	368.00b	Süd-Ost 98	e	4	88.20bG
				Nürnb. 99/01	v	4	99.50B	do. Grndent 00	e	4	91.40b	Wrsch W. X. XI	a	4	—.—

PrPXVII XVIII	v	3½	89.50bG	Sauerbrey 3	a	*4½	100.20G	Gevelsberg.	O	5	83.00G	Dt. Erdöl	1	23	245.30bG
do. XXIV	a	3½	89.50bG	Schalk. Gr 99	a	*4	94.25G	Glückauf	O	8	131.25G	do. Gasglühl.	7	50	666.00bG
do. Kib Ob. 06	d	4	98.00G	Schl. Kleinb 3	v	*4½	100.90b	Henning. Rfb	O	3½	67.75G	do. Jute i. Ms.	1	20	297.50bG
do. KO VI (17)	a	4	100.20G	Schuck. & C 2	a	4	98.75bG	Herkul. Cass.	O	9	172.25G	do. Kabelwk.	1	8	129.00G
do. IX (20)	a	4	100.80bG	do. 2	d	4½	102.00bB	Holsten	O	13	188.25G	do. Kaliwerk.	1	8	146.50bB
do. X (21)	d	4	101.00G	Schulth. Br. 5	a	*4	—.—	Hugger Pos.	O	8½	140.75G	do. Lin. Rixd.	1	8	165.00bG
do. IV	d	3½	94.10G	Seebeck S. 2	a	*5	93.00G	Isenbeck & C.	O	6	105.25G	do. Speisew.	O	10	109.75b
do. III	d	3½	90.60G	Fr. Seiff. & C 3	a	*4½	101.60G	Kiel. Schloss	O	8	137.00B	do. Spiegelgl.	1	25	356.00b
do. V uk. 17	d	3½	92.00G	Siem. El. 13 3	d	4½	102.00G	Klstrbr. Réd.	O	5	96.50G	do. Steinzg.	1	15	243.00bB
Rh HP 183-85	a	4	93.70G	Siem. Glas 3	a	4½	—.—	Königsb. Back	O	9	159.60G	do. Tonröhr.	1	10	146.30G

Kgsb. Zellst.	4	20	338.75b	Schotten St.	9	12	197.00G
Königsborn	1	12	225.20bG	Schomburg	O	7	145.60G
Königszelt P.	7	7½	161.25bG	Schönebeck	7	0	111.10G
Körbisd. Zck.	4	10½	143.00b	Schönebg.-F.	4	0	121.50bG
Chr. Körting	1	8	133.50bG	Schoening	5	8	123.75bG
Körting's El.	4	7½	136.50bG	Schönw Prz.	1	2	90.50G
Kosth. Cell.	1	14	193.75bG	Schött Rhdt.	1	8	122.50bG
Kronpr. Met.	1	27	336.00bG	Schltg. Huck	1	6	113.00G
Gb. Krüg. & C.	1	12	176.00bG	Schub. & Slz.	4	20	310.00bG
Kruschwitz Z	7	24	296.00bG	Schuckert El.	8	7½	159.50b

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120227012/fragment/page=0006